



Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Februar 2025, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder
Entschuldigt: Ratsmitglied Patrick Mägli (SP)
Abwesend: -

| Traktanden | Laufnummer |
|--|---------------------|
| Traktandenliste <i>://: Die Dringlichkeit der Interpellation «Schulwegsicherheit» wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.</i> | 2025-36 |
| 1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.01.2025 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 29. Januar 2025 wird einstimmig genehmigt.</i> | |
| 2. Schulwegsicherheit – Dringliche Interpellation «Schulwegsicherheit» von Michael Durrer der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion <i>Die Interpellation Nr. 2025-36 wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2025-36 |
| 3. Schulanlage Fraumatt, Erweiterungsbau – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit «Erweiterungsbau Fraumatt» (Realisierung), Konto 2.2171.5040.0348, in der Höhe von CHF 9'870'000.- (inkl. MwSt.) mit einer Kostengenauigkeit von ±10 % zuzüglich der auflaufenden Teuerung gemäss dem Schweizer Baupreisindex Region Nordwestschweiz, Hochbau (Stand Oktober 2023: 117.8 Punkte; Basis Oktober 2020 = 100).</i> | 2024-12 2024-12a |
| 4. Entwicklungs- und Finanzplan 2025-2029 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) <i>://: Der Entwicklungs- und Finanzplan 2025 der vier Rechnerkreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) wird einstimmig zur Kenntnis genommen.</i> | 2024-9 2024-9a-c |
| 5. Sozialdienste – Bericht «Besuch der Sozialdienste 2024» der Geschäftsprüfungskommission (GPK) <i>://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom Bericht «Sozialdienste» der Geschäftsprüfungskommission (GPK).</i> | 2025-33 |

- | | | |
|-----|---|---------------------|
| 6. | Sichternstrasse, Instandsetzung – Kreditvorlage für die Strassensanierung (Einwohnerkasse), den Wasserleitungersatz (Wasserkasse) und die Abwasseranlagen (Abwasserkasse) <i>://: Die stadträtliche Vorlage «Sichternstrasse, Instandsetzung – Kreditvorlage für die Strassensanierung, den Wasserleitungersatz und die Abwasseranlage» wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2025-32 |
| 7. | Sportplatz Gitterli – Interpellation «Sanierung Sportplatz Gitterli» von Markus Hügin der SVP-Fraktion <i>Die Interpellation «Sanierung Sportplatz Gitterli» von Markus Hügin der SVP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2024-24 |
| 8. | Sportanlagen-Zugänglichkeit – Postulat betreffend Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Florian Sennhauser der FDP und Marius Ziegler der SVP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-25 |
| 9. | Plastikverpackungen-Kreislauf – Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2024-26 |
| 10. | Trifluoressigsäure – Interpellation «Trifluoressigsäure (TFA) Chemikalien im Grund- und Trinkwasser der Stadt Liestal und des Kantons Baselland» von Lukas Flüeler und Matthias Holinger der Grünen Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-28 |
| 11. | Trifluoressigsäure – Interpellation «Belastung des Liestaler Trinkwassers mit Trifluoressigsäure (TFA) von Patrick Mägli der SP-Fraktion; schriftliche Antwort Stadtrat <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-29 2025-29a |
| 12. | Arbeitsbedingungen menschenwürdig und rechtmässig – Interpellation für menschenwürdige und rechtmässige Arbeitsbedingungen in Liestal» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2025-30 |

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertretende und Gäste zur heutigen Sitzung.

Nach einer Umfrage an die Gäste auf der Tribüne kann er feststellen, dass die Gästetribüne-Lautsprecher seit der letzten Sitzung repariert wurden und nun funktionieren.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP/Mitte) macht folgende Mitteilungen:

- Stadtrat Daniel Muri wird die heutige Sitzung nach der Behandlung des Traktandums «Schulanlage Fraumatt» (Nr. 2024-12) verlassen und die sein Departement betreffenden Fragen werden gegebenenfalls von Stadtpräsident Daniel Spinnler beantwortet.
- Die Problematik des monatlichen IT-Wartungsfensters des Kantons und den damit verbundenen Internet-Abschaltungen, jeweils am letzten Mittwoch des Monats, kann leider kurzfristig nicht gelöst werden, da es koordinativ schwierig ist, dieses Wartungsfenster zu verschieben, da ja alle Institutionen des Kantons und auch die Blaulichtorganisationen etc. betroffen sind. Die heutige Sitzung kann wie geplant durchgeführt werden, doch ab ca. 19.30 Uhr wird das WLAN abgestellt. Er wird nach der Pause nochmals daran erinnern, damit alle rechtzeitig noch ihre Daten herunterladen können.
- Die Kommissionspräsidien der BPK, FIKO sowie SBK möchten sich in der Pause beim Ratspräsidium treffen und ihre Agenda mitnehmen, damit ein Besprechungstermin fixiert werden kann.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr von einer Pause unterbrochen und um 20.00 Uhr geschlossen.
- Die Terminpläne 2026 für das nächste Kalenderjahr sind vom Büro am 20. Februar 2025 beschlossen und den Ratsmitgliedern bereits zur Kenntnis gebracht worden.
- Die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder möchten dem Ratsschreiber baldmöglichst, spätestens jedoch bis am 3. März 2025, ihre An- oder Abmeldung für den Empfang der Partnerstadt Waldkirch vom 29. März 2025 in Liestal mitteilen. Es wäre natürlich gut, wenn möglichst viele Ratsmitglieder von Liestal teilnehmen würden, wenn schon unsere Kolleginnen und Kollegen von Waldkirch den Weg nach Liestal unter die Füsse nehmen.

Neue persönliche Vorstösse

- Klassenbildung – Interpellation zur Klassenbildung von Bernhard Bonjour der SP-Fraktion (Nr. 2025-34)
- Minergie – Interpellation betreffend Minergie-P-Standard bei stadteigenen Gebäuden von Anita Baumgartner und Matthias Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2025-35)
- Schulwegsicherheit – Dringliche Interpellation «Schulwegsicherheit» von Michael Durrer der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion (Nr. 2025-36)

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler ladet zum Waldputztag ein. Dieser findet, veranlasst und veranstaltet von der Bürgergemeinde, am 10. April von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr statt.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert zudem betreffend die Schwelle an der Sichternstrasse zur Geschwindigkeitsreduktion. Seit fast einem Jahr ist der Stadtrat mit der SBB im Gespräch gewesen und diese ist von den SBB nun doch noch auf die Höhe gemäss Plangenehmigungsverfahren reduziert worden.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine weiteren Erklärungen abgegeben werden.

Traktandenliste

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert darüber, dass die dringliche Interpellation «Schulwegsicherheit» (Nr. 2025-36) den Ratsmitgliedern mit E-Mail des Ratsschreibers vom 25. Februar 2025 zur Kenntnis gebracht wurde.

Gemäss § 48 ER-Geschäftsreglement würde der neue Vorstoss an der heutigen Sitzung sofort behandelt, falls 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 2025-36 beschliessen.

Die Votanten möchten sich bezüglich der Dringlichkeit des Vorstosses kurz halten, da man sich nachher immer noch inhaltlich zum Vorstoss und zum Geschäft äussern kann.

Michael Durrer (GL) begründet als Interpellant die Dringlichkeit der Interpellation damit, dass das Thema den Einwohnerrat schon ein paar Mal beschäftigt habe in der Vergangenheit. Im April 2024 ist ein Postulat zur Schulwegsicherheit vom Stadtrat beantwortet worden. Es gab mehrere Massnahmen. Die heutige Begegnungszone ist dort zwar schon bewilligt, aber noch in der Planung gewesen. Man hat gesagt, dass man eine Zeit lang schauen möchte, wie sich das entwickelt und nach einem Jahr dann eine Auswertung machen, was wir grundsätzlich auch sinnvoll finden, dass man sich etwas Zeit gibt. Es ist jetzt allerdings so, dass vor einer Woche der BZ-Artikel gekommen ist. Dort drin wird ein Bild gezeichnet von einer Situation, die sehr gefährlich ist. Wir wissen, es sind mehrere 100 Schülerinnen und Schüler, die dort Tag für Tag hochgehen und entsprechend möchten wir gerne vom Stadtrat Antworten haben zu dieser Situation und sind der Ansicht, dass das nicht warten kann. Wenn es Massnahmen braucht für die Sicherheit, dann ist das etwas, was man dringend umsetzen muss.

Benjamin Ernin (EVP) hält namens der GLP/EVP-Fraktion fest, dass sie fänden, das Thema sei an und für sich aktuell, auch durch die Medien und so weiter. Aber es sei nicht dringlich, weil das schon mehrmals behandelt worden sei und man eigentlich erst einmal schauen solle, wie das überhaupt richtig laufe. Wir sehen auch den Sicherheitsaspekt durch Beobachtungen vor Ort eigentlich nicht als dringlich, weil wir den Ort eigentlich nicht unbedingt als gefährlicher als andere Orte taxieren. Und aus diesen Gründen sind wir nicht für die Dringlichkeit.

Richard Gafner (FDP) teilt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion mit, dass die FDP/Mitte-Fraktion die Dringlichkeit der Interpellation sehe und das entsprechend unterstützen wird.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert im Namen des Stadtrates, dass sie dies sehr gerne beantworten würden, weil er denke, es sei allen klar, so ein Sicherheitsthema sei immer wichtig. Wir haben natürlich auch Abklärungen getroffen und können die Fragen auch beantworten.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die Dringlichkeit des Vorstosses abstimmen lässt.

://: Die Dringlichkeit der Interpellation «Schulwegsicherheit» (Nr. 2025-36) wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.01.2025

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend das Protokoll der Sitzung vom 29.01.2025 eingegangen sind.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 29.01.2025 wird einstimmig genehmigt.

2. Schulwegsicherheit – Dringliche Interpellation «Schulwegsicherheit» von Michael Durrer der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion (Nr. 2025-36)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass der Stadtrat nach der vorgängigen Beschlussfassung bezüglich der Dringlichkeit des Vorstosses die Fragen der Interpellanten zu beantworten hat.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellanten und nimmt dazu wie folgt Stellung: Wenn man das anschaut, sind eigentlich alle Departemente involviert in diesem Geschäft. Ich würde gerne die Fragen 1 sowie 3 beantworten und Stadtrat Lukas Felix würde dann auf die Frage 2 eingehen. Vorweg möchte ich sagen, das Thema Schulwegsicherheit betrifft nicht nur den Stadtrat, der ja auch eine Verantwortung hat, sondern es betrifft eben auch ihn persönlich als Vater eines Kindergartenkindes, das tagtäglich teilweise sogar alleine schon nach Hause kommt. Und darum sage ich, ist Schulwegsicherheit natürlich etwas, was mich nicht nur als Stadtrat, sondern auch ganz persönlich als Vater betrifft. Und er kann dabei auch sagen, dass es nicht ganz einfach, als Eltern loszulassen und die Kinder dann auf den Weg zu schicken. Weil bei uns ist auch eine grosse befahrene Strasse, die Seltisbergerstrasse, über die man drüber gehen muss, sowie die Gartenstrasse, bei der auch Baustellen sind usw. Aber es ist auch wichtig, dass man den Kindern auch das zutraut, dass sie das können. Anmerken möchte er auch, dass die Polizei einen Super-Job bei der Instruktion macht. Und er weiss, dort gibt es einen Herrn, der hat schon einen Legendenstatus bei den Kindern. Ich glaube, alle Eltern wissen, wen er meint. Dazu möchte er noch erwähnen, dass die Begegnungszone angeordnet und vor der kantonalen Genehmigung wurde auch beurteilt, ob diese rechtmässig ist, weshalb damit auch die im Zeitungsbericht thematisierte Frage nicht relevant ist. Und nun zu den Fragen der Interpellation. Wir haben damals ja gesagt, dass wir die Situation beobachten und wir warten natürlich selbstverständlich nicht, bis irgendjemand, ein Schulkind oder eine andere Person unter dem Auto liegt. Wir haben im Vorfeld dieser Interpellation noch schnell Abklärungen getroffen und auch bei der Verkehrspolizei noch einmal angefragt, wo es Probleme bezüglich der Verkehrssicherheit bei den Schulwegen in Liestal gibt. Da mussten wir feststellen, dass wir in der Mühlemattstrasse Baustellenverkehr haben, darauf sind wir von der Bevölkerung bereits aufmerksam gemacht worden. Es wird aktuell angeschaut, ob es dort ein Problem für die Schulwegsicherheit sein könnte. Andere Stellen sind der Polizei nicht bekannt. Das grösste Problem aber sind auch gemäss Polizei die Elterntaxis, was auch schon mehrmals gesagt wurde. Das ist eigentlich ein riesiges Sicherheitsrisiko, was hier vor den Schulhäusern abgeht. Darum haben wir ja auch eine Kampagne gefahren, um die Leute zu sensibilisieren. Und er glaubt eben auch, dass es wichtig ist, dass die Kinder den Schulweg selber machen. Es ist auch immer ein Erlebnis für die Kinder und man lernt eben auch, Verantwortung für sich selber zu übernehmen. Auch hat der Stadtrat Meldungen bezüglich der Überfahren-Problematik erhalten, was im Vorstoss thematisiert wird. Unabhängig von diesem Zeitungsbericht und der Interpellation ist man daran, das anzuschauen und zu prüfen. Und das machen wir natürlich auch wiederum zusammen mit der Polizei, die das sehr objektiv beurteilen kann. Sofortmassnahmen werden umgesetzt, falls der Stadtrat sieht, dass solche nötig sind. Und ganz persönlich ist er der Meinung, dass es noch sanftere Massnahmen gibt, als eine neu gebaute Strasse mit Hindernissen gleich wieder wegzureissen.

Stadtrat Lukas Felix ergänzt, dass auch er Vater von einem schulpflichtigen Kind sei und natürlich als Stadtrat die Schulwegsicherheit sehr relevant finde. Stadtpräsident Daniel Spinnler hat es vorhin auch schon angesprochen. Eines der grössten Ärgernisse und das grösste Sicherheitsrisiko für Kinder auf dem Schulweg sind die Eltern-Taxis. Und er kann nochmals den Aufruf einfach wiederholen: Lasst es bitte sein, denn ihr nehmt den Kindern sehr viel weg und ihr macht es alles andere als sicher, sondern ihr macht es nämlich einfach unsicherer für alle anderen. Dann möchte er noch ein paar Worte zur Sensibilisierung der Erziehungsberechtigten und auch der Kinder sagen. Das passiert schon vor dem Kindergarteneintritt. Dort werden

die Erziehungsberechtigten sensibilisiert auf die Thematik, man soll den Weg üben mit den Kindern, damit man auch alleine zum Kindergarten kommen kann. Man soll den Weg zeigen, den sichersten Weg zeigen. Und es gibt immer und überall einen sicheren Weg, um zu seinem Kindergarten und zum Schulhaus zu kommen. Es gibt Massnahmen, die getroffen werden. Das sind die sogenannten „Füsschen“ am Boden. Das konnte man auch lesen, dass das für nichts sei. Da möchte er jedoch widersprechen. Aus eigener Erfahrung funktioniert das hervorragend. Die Kinder schauen genau auf das, sie stehen dann dort hin und dort laufen sie über die Strasse, was sehr wichtig ist. Und ja, sie warten doch auch, schauen, hören, schauen und laufen. Und aus eigener Erfahrung weiss er, dass auch der Pedibus hervorragend funktioniert. Es braucht nicht einmal die Intervention der Schule, sondern hier organisieren sich die Eltern meistens direkt gerade selber mit den Nachbarn: „Kannst du heute begleiten? Ich habe gerade keine Zeit.“ Das funktioniert hervorragend. Nachher folgt die sogenannte Erziehung im Verkehr oder wie man sich im Strassenverkehr verhalten soll. Das hört nicht auf beim Kindergarten-Eintritt, sondern geht nachher weiter. In jedem Jahr kommt der Herr von der Verkehrspolizei vorbei und gibt den Kindern wieder etwas Weiters mit auf den Weg, wie man sich verhalten soll. Dabei geht es nicht nur um die Verkehrssicherheit, sondern auch um das sonstige Verhalten auf dem Schulweg, wenn man angesprochen wird usw. All das wird mit den Kindern entsprechend thematisiert. Dann noch ein Wort zu dieser Stelle, von der jetzt die Interpellation handelt. Dies liegt in einer Begegnungszone. Und wenn man es physikalisch anschaut und sich im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsreduktion und dem Bremsweg überlegt, dann kann man sich vorstellen, dass es doch einen Unterschied macht, ob man mit 50 Km/Std. der 20 Km/Std. durchfährt. Mit 50 hat man bei einer trockenen Strasse einen Bremsweg von 27 Metern und mit 20 knapp 8 Meter. Also logischerweise wird es sicherer für die zu Fuss gehenden Personen, die auch Kinder miteinschliessen, die sich auf dem Schulweg befinden. Dann wurde auch noch die Frage gestellt, ob sich bereits jemand gemeldet habe bei der Schule. Das wäre ja eigentlich das, was man erwarten sollte, wenn es wirklich so schlimm sein sollte. Zur besagten Stelle hat sich aber niemand dazu gemeldet. Die meisten Reklamationen drehen sich, wie schon gesagt, um Eltern-Taxis. Wir haben vor dem Frenken-Kindergarten diese Situation hier drin auch schon einmal besprochen. Wir haben auch sehr wenige Kinder, die an dieser Stelle wirklich durchgehen müssen. Die meisten Kinder haben einen anderen Schulweg, der sicherer und auch kürzer ist. Die Strasse wird an besagter Stelle auch gar nicht gekreuzt. Das heisst, dass es keine Kinder gibt, die dort die Strasse überqueren müssen. Das passiert weiter oben, wo es einen Fussgängerstreifen hat, in der 30er-Zone, direkt beim Rotacker-Schulhaus. Ja, insgesamt ist die Situation dort aus Sicht der Schule nicht derart besorgniserregend, dass Sofortmassnahmen nötig sind. Und ich glaube, es ist wichtig, dass wir auch wieder ein bisschen lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Rücksicht zu nehmen, wenn Kinder unterwegs sind, aber auch, wenn andere Menschen zu Fuss, mit dem Velo oder auch mit dem Auto unterwegs sind. Manchmal habe er doch das Gefühl, dass damit doch etwas zu viel verlangt wird. Er hofft, mit diesen Antworten zur Interpellation auch dazu beitragen zu können, dass wir wieder vermehrt miteinander rücksichtsvoll umgehen.

Michael Durrer (GL) und Séverine Salathé (SP) erklären als Interpellanten auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass sie die Diskussion wünschen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Eva Eugster (FDP) informiert als Sprecherin der FDP/Mitte-Fraktion, dass sie eigentlich nur ganz kurz bekräftigen wolle, was bereits schon gesagt worden sei, vor allem von Stadtrat Lukas Felix betreffend den Eltern-Taxis, denn das ist wirklich ein Problem und zwar eben bei allen Schulhäusern. Das ist sicher ein Thema, dem man immer wieder nachgeht, aber bei dem wir halt Schwierigkeiten haben. Die Eltern sind ein wichtiges Vorbild in der ganzen Verkehrserziehung. Wenn ich als Mami über den Fussgängerstreifen laufe mit dem Kind, dann wird es das Kind nachmachen. Der besagte Herr von der Polizei macht tatsächlich einen sehr guten Job auf eine ganz humorvolle Art, und zwar vom ersten Kindergarten bis sogar zur neunten Klasse. Der Zufall will, dass er nach den Ferien sogar bei mir in der neunten Klasse erscheinen

wird. Ihre Fraktion sieht das genauso, wie es bereits gesagt worden ist. Die Sicherheit muss man im Auge behalten, aber die Situation ist sicher nicht so verteufelt, wie das in dem Zeitungsartikel beschrieben worden ist.

Michael Durrer (GL) meint als Interpellant und GL-Fraktionssprecher, dass es für ihn wichtig sei zu hören, was aus dem Umfeld der Schule allenfalls an Rückmeldungen komme, weil er denke, dort würden diese landen, wenn Eltern tatsächlich Bedenken hätten. Ich habe mich schon gefragt, in diesem Zeitungsartikel steht auch, dass Autos aufs Trottoir ausweichen und den Vortritt nicht gewähren, was wohl auf Elterntaxis und nicht auf Anwohner zurückzuführen ist. Aber das sind alles Leute, die nicht einfach mal per Zufall durchfahren, sondern eigentlich auch wissen sollten, was die Regeln sind. Und es ist toll, hat man so einen guten Polizisten bei der Verkehrsschulung hat und diese auch nach dem Kindergarten fortgeführt wird. Er fragt sich schon, was unternommen werden müsste. Eine Sensibilisierung ist hier wohl das falsche Mittel, denn es sollen diejenigen gebüsst werden, welche sich nicht an die Verkehrsregeln halten. Müsste man vielleicht anstatt bei den Kindern, die es ja scheinbar gut können, vielleicht doch nicht eher bei den Alten, die sich nicht daran halten, ansetzen?

Domenic Schneider (GLP) führt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion aus, dass er froh sei um diesen Vorstoss, weil die Sicherheit der Kinder doch wichtig sei. Ich glaube, dort oben wird viel gesprochen, aber wenig geschaut. Wenige Leute schauen wirklich, wie dort die Situation ist. Kinder haben kein Problem, die laufen wunderbar am richtigen Ort durch und sie wissen, wie sie sich in einer solchen Begegnungszone verhalten müssen. Die laufen allesamt auf dem Trottoir und haben die Situation sowie den Verkehr im Griff. Und wir müssen unseren Kindern nicht einreden, dass sie sich im Verkehr nicht zurechtfinden können. Von daher ist ja eigentlich alles gut. Wenn ich tatsächlich Leute sehe, die nicht so genau wissen, wo sie jetzt laufen sollen, dann sind diese tendenziell etwas älter als er. Die laufen wirklich kreuz und quer durchs Zeug durch. Und ja, vielleicht müsste man nicht Verkehrssicherheit für Kinder auf dem Schulweg in den Fokus nehmen, sondern einfach allgemein für die Bevölkerung. Und dann kann der Stadtrat ja problemlos mit der Verwaltung überlegen, ob man losgelöst und unabhängig von Vorschriften, von der Astra usw. irgendwelche farblichen Markierungen am Boden machen kann. Ich meine damit nicht die Zebrastreifen, sondern es gibt verschiedene Modelle in verschiedenen Städten, die den Weg besser kennzeichnen. Und sei das nur eine Fussgängerfigur. Dann sieht man auch zum Beispiel in der Wiedenhubstrasse unten hat es Pfosten auf dem Trottoir. Vier Schrauben im Boden versenken, ein Pfosten hin und dann fahren die mit ihrem SUV nicht mehr über das Trottoir, denn sonst haben sie eine Beule im Auto. Aber das ist in der Kompetenz des Stadtrats und da glaube ich, dass dieser das problemlos selber gut machen kann. Von dem her bin ich auch froh um die Rückmeldungen, die Abklärungen mit der Polizei usw.

Séverine Salathé (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass von den VorrednerInnen eigentlich schon alles dazu gesagt worden sei. Was besonders wichtig ist, auch den Interpellanten, ist die Sicherheit der Schulkinder. Ich finde, das ist sehr klar beantwortet worden und ist auch gut abgeklärt. Als Mutter eines schulpflichtigen und eines bald kindergartenpflichtigen Kindes findet sie ebenfalls, dass bezüglich der Sensibilisierung und Begleitung der Kinder von der Schule und auch der Polizei ein guter Job gemacht wird. Ich kenne den besagten Herrn natürlich auch. Und für mich ist es gerade wichtig, dass die Interpellation beantwortet worden ist und dass wir das auch heute gemacht haben, dass auch die Stimmen in der Bevölkerung, beziehungsweise die Sorgen, die durch solche Artikel ausgelöst werden, gehört werden und beantwortet sind.

Verena Wunderlin (GLP) äussert, dass man früher die Verkehrslotsen hatte. Die älteren Schüler stand um 12 Uhr bei den Überquerungen und haben den Kleinen über die Strassen geholfen. Ich weiss nicht, gibt es das immer noch oder gibt es das nicht mehr? Und betreffend dem lieben Polizisten, dem Herrn Herrmann, hofft sie, dass dieser nie pensioniert wird.

Benjamin Erni (EVP) hat manchmal das Gefühl, 30er-Zonen seien fast gefährlicher als beispielsweise eine Begegnungszone, wo man 20 Km/Std. fahren könne, weil in der 30er-Zone zwar die Kinder auf die Füsse stehen würden, aber die erwachsenen Autofahrer sich nicht immer an die Geschwindigkeit halten oder eben den Vortritt so wahrnehmen, dass sie das Recht hätten, den Vortritt einzufordern und dann eigentlich die Kinder die Leidtragenden seien. Vielleicht könnte man ja anstatt nur Füsschen für die Kinder irgendwelche Männchen oder Sachen, Pilzchen oder farbige Tüpfchen, auf die Strasse malen, damit auch die Erwachsenen wissen, dass man sich in einer speziellen Zone aufhält und nicht so schnell fahren bzw. Rücksicht nehmen sollte. Um die Schule herum hat es da die Dreiecke, welche er super findet, da man weiss, hier ist eine Schule. Ich habe das Gefühl, das hat einen Einfluss auf die Leute, die da durchfahren. Auch ein Blitzer, der ab und zu dort steht, hat einen grossen Einfluss.

Sonja Niederhauser (EVP) möchte sich doch auch noch melden. Zuerst noch kurz, weswegen wir gegen die Dringlichkeit gewesen sind. Wir sind der Meinung, dass man nicht wegen jedem Zeitungsartikel einen dringlichen Vorstoss machen sollte, sonst kommen wir irgendwann auch nicht mehr zu unseren Ratsgeschäften. Offensichtlich bewegt das die Leute. Ich habe den Artikel gelesen und festgestellt, dass die Argumentation, dass es mit der Aufhebung der Begegnungszone sicherer würde, einfach nur schizopren ist. Mit der Begegnungszone bzw. 20er-Zone ist es dort deutlich ruhiger und sicherer geworden. Für die Autofahrer ist es nicht unbedingt besser geworden, weil die halt oftmals nicht wissen, wie breit ihr Auto ist, doch das darf nicht das Problem der Fussgänger sein. Ich glaube, da haben wir einen Ort, wo die Begegnungszone das einzig Richtige ist, weil es Tempo rausnimmt und weil man besser aufeinander schauen kann. Natürlich muss man sich vor einer Verengung absprechen. Von daher ist vielleicht der Vorschlag mit einem Pfosten gar nicht so schlecht, damit Fahrzeuge nicht auf das Trottoir ausweichen können und Personen gefährden. Die Schulwegsicherheit ist ein wichtiges Thema und ich wollte einfach betonen, dass dies ihrer Fraktion ebenfalls ganz wichtig ist.

Stadtpräsident Daniel Spinnler denkt, der Stadtrat habe jetzt viele Vorschläge bekommen, wie er das alles umsetzen könnte. Natürlich werden wir diese Sachen anschauen und auch schauen, was rechtlich möglich ist. Wir sind in der Begegnungszone, das dürfen wir auch nicht ganz vergessen, aber so, dass natürlich die Situation möglichst gut entschärft werden kann, wenn sie dann tatsächlich so ist. Und wie bereits gesagt, kann er bestätigen, dass auch bei der Stadt Gefahrenmeldungen eingegangen sind. Und wenn etwas gemeldet wird, dann schauen wir es natürlich auch an. Aber wir schauen es nicht einfach an, fallen gerade in Panik, reissen die Strasse auf und bauen alles um, sondern wir probieren es ja immer möglichst objektiv. Auch haben wir an einer letzten Sitzung gehört, dass das Sicherheitsempfinden immer etwas subjektiv ist. Aber wir probieren, es so hinzubekommen, dass es eben auch aus verkehrstechnischer und objektiver Sicht verhält, wenn es Probleme gibt. Er kann das vorgängige Votum von Stadtrat Lukas Felix unterstützen, denn wir können nicht überall Alarmlampen aufstellen, 5'000 Kampagnen lancieren und noch überall Wegweiser montieren, damit auch alle wissen, wo sich durchlaufen sollen. Wir werden das anschauen und wenn wir sehen, dass es Probleme gibt, dann werden wir auch handeln. Aber wir haben noch erwachsene und mündige Leute, die wir nicht unterschätzen dürfen, denn diese haben vielleicht an solch besagten Stellen Stress und kennen die neue Verkehrssituation noch nicht. Auch vom Kanton wird bestätigt, dass es oftmals mehrere Monate dauern kann, bis die Leute sich an neue Situationen gewöhnt haben. Schaut euch mal die Büchelistrasse an, in welcher die Leute aus Gewohnheit immer noch runterfahren. Auch dort haben wir Schilder aufgestellt, aber die Schilder werden nicht beachtet und man fährt aus Gewohnheit einfach durch. Oder den Rumpel fährt man immer noch hinauf, weil man es einfach noch immer nicht gecheckt hat, wie es funktioniert. Natürlich darf es nicht passieren, dass dann, wenn man etwas nicht sauber gemacht hat, dann Leute darunter leiden, denn am Schluss ist der Autofahrer halt doch der Stärkste im ganzen Verkehr. Also wie gesagt, wir prüfen das seriös und auch objektiv zusammen mit den Experten. Und wenn wir Massnahmen als nötig erachten, werden wir diese treffen und das Nötige veranlassen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

3. Schulanlage Fraumatt, Erweiterungsbau – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2024-12)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass der beantragte Kredit von 9,87 Mio. Franken dem obligatorischen Referendum unterliegt und somit nach der 1. Lesung vom 29. Januar 2025 das Geschäft heute nochmals in einer 2. Lesung zu beraten ist.

Nach der 2. Lesung wird über die Anträge abgestimmt. Aktuell liegt nur der stadträtliche Antrag gemäss Vorlage Nr. 2024-12 vor, welcher von der BPK gemäss Vorlage Nr. 2024-12a unterstützt wird.

Peter Bürgin (FDP) erklärt als BPK-Präsident, dass er den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2024-12a bereits an der letzten Sitzung vorgestellt hatte und er über keine neuen Erkenntnisse seit der ersten Lesung berichten kann.

Jonas Bischofberger (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass sich für sie nicht gross etwas geändert habe seit dem letzten Mal. Wir sind immer noch der Ansicht, dass es sich um ein wichtiges und gutes Projekt handelt. Es ist sicher nicht perfekt, aber es ist wichtig, dass man hier jetzt den Schulraum zur Verfügung stellt und dass man darum jetzt das beschliessen kann. Wir werden den Kredit annehmen.

Matthias Holinger (GL) informiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass auch von ihrer Seite her seit der ersten Lesung nichts Neues dazugekommen ist. Was ich aber schon nochmal gerne erwähnen möchte, ist eben der fehlende Minergie-Standard bei diesem Schulhaus-Neubau. Die Stadt Liestal hat sich, wie auch schon letztes Mal gesagt, im Jahr 2019 ein Energieleitbild gegeben, in welchem sie eigentlich explizit für gemeine eigene Neubauten den Minergie-P oder sogar den Minergie-A-Standard verlangt. Auch bei den letzten Quartierplänen war dieser Standard vorgeschrieben. Bei der Schulanlage Fraumatt wird jetzt nicht nach so einem Standard gebaut, was von seiner Fraktion bedauert wird. Es wird nicht nur auf eine Zertifizierung verzichtet, sondern eben auch komplett nicht danach gebaut. Neben dem, dass das Bauen nach einem Minergie-Standard bei Neubauten generell sinnvoll ist, finden wir, hat die Stadt eben auch eine Vorbildfunktion gegenüber seinen Einwohnern. Mit unserer heute eingereichten Interpellation möchten wir gerne von der Stadt wissen, wie sie gedenkt, in Zukunft bei stadt-eigenen Neubauten mit dem Minergie-Standard vorzugehen. Wie bereits angekündigt, werden wir aber dieser Vorlage und dem beantragten Kredit zustimmen.

Markus Rudin (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass seine Fraktion eigentlich auch keine weiteren Erkenntnisse mehr festgestellt habe. Wir sind einstimmig auch für das Geschäft. Es wird ja dann nachher noch vor das Volk kommen.

Sonja Niederhauser (EVP) orientiert als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion, dass ihre Fraktion die Anträge unterstütze. Wir finden, es ist ein gutes Projekt. Es ist schon sehr gut ausgearbeitet, weiter als das sonst eigentlich üblich ist zu dem Zeitpunkt, wenn es in den Rat kommt. Wir hoffen, dass alle zusammen dem Antrag wirklich zustimmen und wir da eine Einigkeit demonstrieren können im Zusammenhang mit diesem Projekt.

Werner Fischer (FDP) hält als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion fest, dass es auch für seine Fraktion keine neuen Erkenntnisse gegeben habe. Wir werden diesem Geschäft einstimmig zustimmen und hoffen sehr, dass es mit der nötigen Ausgabedisziplin erfolgreich realisiert und durchgeführt wird.

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug darauf, dass er die „Minergie“-Interpellation noch detailliert beantworten wird. In der Zwischenzeit wird man halt auch gescheiter, in der Zwischenzeit entwickelt sich in dieser Branche unglaublich viel und die Voraussetzung zu Low-Tech ist eigentlich High-Tech. Durch High-Tech kommt man zu Low-Tech-Lösungen. Das Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien in St. Gallen sagt: „Low-Tech-Gebäude sind energieeffizient,

ressourcenschonend und wirtschaftlich, was auch nachhaltig ist für die Wirtschaft. Sie sind robust und auch für eine lange Lebensdauer ausgelegt. Ihre Baukonstruktion ist entsprechend geplant und ausgeführt und bietet dem Nutzer Behaglichkeit im gesamten Jahresverlauf.“ Also man kann auch salopp sagen, und das wird in den Fachkreisen auch so gesagt, dass bei Low-Tech oftmals weniger schlussendlich etwas mehr ist. Und diese Richtung wird in der Baubranche und Architektur sowie Engineering eingeschlagen. Man muss sich einmal vorstellen, dass wir beispielsweise eine Lüftung haben, die TCHF 700 kostet. Diese hat man jetzt nicht aus dem Grunde weggelassen, weil damit TCHF 700 eingespart werden können, sondern weil es heute mittlerweile einfach die Erkenntnis gibt, dass man mit anderen Lüftungstechniken, die viel nachhaltiger sind und keine graue Energie dahinter haben, viel mehr bewirken kann. Der Unterhalt eines Lüftungskanals mit Keimen, Staub, Bakterien usw. ist sehr aufwendig. Mit Low-Tech denke ich, fahren wir in diesem Zusammenhang mit Fernwärme-Anschluss, Photovoltaik-Anlage usw. nicht schlecht. In der Gebäudehülle arbeitet man heute bspw. nicht mehr mit Styropor, der mit Öl hergestellt wird, sondern es sind Steinwolle und mineralische Verputze. Die Innenausstattung ist aus Holz, Kalk und beispielsweise Lehmputz, welcher aus uralten Sedimenten hergestellt wird. Man kommt wieder dorthin und dies begrüsst nicht nur er, sondern auch der Stadtrat und der Architekt, welcher schon 12 Schulhäuser mit einer sehr guten Benotung gemacht hat. Dem Stadtrat ist die Kosteneinhaltung schon auch sehr wichtig. Er ist überzeugt davon, dass mit diesem Projekt auch neue Wege eingeschlagen werden, die sich ganz sicher lohnen und nachhaltig sind. Weil die Baustoffe, die man verwendet, brauchen nicht eine riesengrosse Vorlaufzeit, bis sie hergestellt sind und Energie, die man braucht, um sie herzustellen. In dem Sinn freue ich mich darauf, dass möglichst alle „ja“ zu diesem Meilenstein-Projekt sagen und dass wir im Fraumatt eine tolle Schule bauen können.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Er verliest den stadträtlichen Antrag und stellt fest, dass dieser von der BPK ebenfalls unterstützt wird.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit «Erweiterungsbau Fraumatt» (Realisierung), Konto 2.2171.5040.0348) in der Höhe von CHF 9'870'000.- (inkl. MwSt.) mit einer Kostengenauigkeit von $\pm 10\%$ zuzüglich der auflaufenden Teuerung gemäss dem Schweizer Baupreisindex Region Nordwestschweiz, Hochbau (Stand Oktober 2023: 117.8 Punkte; Basis Oktober 2020 = 100).

4. Entwicklungs- und Finanzplan 2025-2029 (Nr. 2024-9) – Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2024-9a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2024-9b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2024-9c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

a) Eintreten

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2024-9a)

Peter Küng (SP) stellt als Präsident der Finanzkommission (FIKO) den Kommissionsbericht vor. Die Finanzkommission hat bei der Beratung mit den jeweiligen Stadträtinnen und Stadträten sowie den zuständigen Berichtsleiterinnen und Berichtslleitern vertieft nicht nur die finanziellen, sondern auch die sachlichen Themen besprochen. Mit diesem vertieften Einblick zum Start dieser Legislaturperiode kann auch auf sachlicher Ebene dargestellt werden, was geplant ist und was auf uns zukommt. Mit diesem Wissen ist es auch für die FIKO einfacher, die finanziellen Auswirkungen einzuschätzen und auch bewerten zu können. Die FIKO bewertet den Entwicklungsplan 2025-2029 in seiner reduzierten Form, wie wir es das letzte Jahr verlangt haben, als sehr aufschlussreich, gut lesbar und bei der Themenwahl und den Projekten als sehr gut und überzeugend. Wie man dem Bericht entnehmen kann, wird sich die finanzielle Situation von Liestal in dieser Planperiode nicht wesentlich verbessern. Die Finanzkommission unterstützt darum die finanzpolitischen Ziele und Eckwerte, die der Stadtrat vorgegeben hat. Die Kommission hat auch die Investitionsplanung angeschaut. Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Meinung, auch mit Blick auf den fortlaufenden Schuldenaufbau, die Investitionen kritisch zu hinterfragen und zu reduzieren. Eine Minderheit sieht die Investitionsplanung als richtig an, insbesondere beim Schulraumbedarf. Die ganze Kommission ist weiterhin der Meinung und unterstützt dort auch den Stadtrat, dass die Aufgabenprüfung weitergehen muss und umzusetzen ist. Auch soll weiteres Potenzial ausgemacht werden, also dass man weiter schaut, ob es irgendwo noch Potenzial gibt und dass dies auch ausgeschöpft wird. Die Finanzkommission beantragt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2025-2029 zur Kenntnis zu nehmen. Zum Schluss möchte ich mich auch im Namen der Finanzkommission bei allen Sitzungsteilnehmenden für den offenen und konstruktiven Austausch bei der Beratung bedanken.

c) Bericht BPK (Nr. 2024-9b)

Peter Bürgin (FDP) hält die wichtigsten Punkte des BPK-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2024-9b fest. Wir hatten eine gemeinsame Einführungssitzung, bei der der Stadtpräsident über die bekannten neun strategischen Handlungsfelder noch einmal orientiert hat, ein paar zusätzliche Informationen gegeben hat und auch noch Fragen beantwortet wurden. Für die Stadt ist in allen Bereichen die finanzielle Sicherheit und Stabilität von grösster Bedeutung. Das Geld muss natürlich vorhanden sein, wie das vorhin auch schon gesagt worden ist, damit die angestrebten Ziele erreicht werden können. Das Wachstum der Bevölkerung ist nicht einfach oder eher ein bisschen schwer abzuschätzen, liegt aber bei den 0,7% pro Jahr, wie das bisher auch schon war. Das ist jedoch finanziell nur von Vorteil, wenn auch entsprechend das Wachstum bei der Steuerkraft daraus resultiert. Die Verbesserung der Finanzen ist auch in nächster Zeit die grösste Herausforderung. Trotz konsequenter Aufgabenüberprüfung muss damit gerechnet werden, dass weiteres Fremdkapital aufgenommen werden muss und somit eben auch die Verschuldung und auch die Zinslast ansteigt. Die Stadt ist bezüglich der freien Flächen an der Rheinstrasse in intensivem Kontakt mit dem Kanton, hingegen wäre der Weggang vom Kantonsspital ein herber Schlag für die Stadt selbst und eben auch für das Gewerbe. Der Stadtrat setzt sich intensiv ein, dass das Kantonsspital hier in Liestal erhalten bleibt. Wir haben natürlich vorwiegend eben die Bereiche Hochbau, Planung und Tiefbau diskutiert, wobei die finanziellen Abhängigkeiten natürlich immer wieder in die Diskussion eingeflossen sind. Der Einfluss der BPK auf die Finanzen ist jedoch sehr beschränkt, weil die Projekte zum grössten Teil schon ziemlich pfannenfertig vorgestellt werden. Eine frühere Einbindung wäre von diesem Gesichtspunkt her doch wünschenswert. Der Tiefbau teilt sich in Investitionen Strassen, Wasserversorgung und Abwassernetz auf. Das Wasser- und Abwassernetz, das zum Teil sehr alt ist, wird gut überwacht und laufend saniert. Die Wasserkasse ist diesbezüglich auch gut aufgestellt. Trotzdem können zukünftig Optimierungen vorgenommen werden, damit die Kosten für die Behebung der Leitungsbrüche noch weiter gesenkt werden können. Der Tiefbau ist sich bewusst, dass Synergien in den Projekten mit dem Kanton, mit der EBL und anderen Unternehmen voll ausgeschöpft werden müssen. Das vor allem auch vor dem Hintergrund, dass Tiefbauunternehmer aktuell und bis auf Weiteres sehr gut ausgelastet sind und sich dadurch höhere Preise ergeben. Projekte werden genauer geplant bzw. müssen genauer geplant werden und die Kostenermittlungen mittels Ausschreibungen müssen noch vor dem Kreditantrag durchgezogen werden. Wegen dem ist auch jetzt eine zusätzliche Projektleiterstelle ausgeschrieben. Zu diskutieren sind auch die hohen Kosten der Erschliessungsstrasse zum Bahnhofcorso. Vom Hochhaus der SBB ist noch nichts bekannt und trotzdem ist die Realisierung im EP in den Jahren 2026 und 2027 eingestellt. Nach der Meinung der BPK sollte der Zeitpunkt für die Umsetzung überdacht werden. Im Bereich Hochbau haben wir hier viel mehr Themen diskutiert. ISOS und dessen Auswirkungen, Verkauf von Land- oder Liegenschaften, Perimeter Rheinstrasse, Wohnungsbau und Wohnqualität, Verkehrskonzept, Schulanlagen, Parkhaus Altstadtblick, Deponie «Höhli», Klimazwischenbericht, neuer Stadtsaal und Feuerwehrmagazin. Zu ein paar von diesen Themen sind die folgenden Bemerkungen zu machen. Die Überprüfung der im ISOS ausgeschrieben Gebäude wird durch eine Fachkommission begangen. Es handelt sich aktuell um ca. 50 Gebäude, die angeschaut werden. Das Ziel der ISOS-Überprüfung ist es, die rechtlichen Grundlagen zu verbessern, damit nicht jeder Einspruch machen kann gegen ein Baugesuch, nur weil er das Gefühl hat, es entspräche nicht dem ISOS. Von Seiten der Grundeigentümer ist noch niemand eingebunden, was in der BPK doch ein bisschen zu denken gegeben hat. Die BPK ist grundsätzlich gegen den Verkauf von Land oder Liegenschaften. Die BPK wartet und ist gespannt auf die Liegenschaftsstrategie der Stadt, die ausgearbeitet wird. Für Liegenschaften wie z.B. Feuerwehrmagazin, Schulanlage Mühlematt, Kindergarten Gräubern muss eine gute Alternative für die weitere Nutzung gefunden werden, damit es der Stadt finanziell auch etwas bringt. Die Stadt ist bezüglich dem Masterplan Rheinstrasse in engem Kontakt mit dem Kanton. Es gibt eine Planungsvereinbarung mit dem Kanton, die ausgehandelt ist und demnächst unterschrieben wird. Die BPK wartet gespannt auf die nächsten Schritte und hofft, dass im Jahr 2026 etwas Konkretes passiert. Die Stadt ist sehr daran interessiert, dass einerseits der Wohnungsbau gefördert und auch die

Wohnqualität hochgehalten wird. In den Unterlagen vom Masterplan Rheinstrasse und im Pflichtenheft der Arealentwicklung Gräubern ist klar festgehalten, dass eine soziale und funktionale Durchmischung sowie eine hohe Lebensqualität für Nutzende und Bewohnende angestrebt wird. Die BPK erwartet, dass bei neuem Wohnraum darauf geachtet wird, auch bezahlbaren Wohnraum zu erstellen. Wie schon erwähnt, die neue Erschliessungsstrasse als Teil des QP-Bahnhofcorsos wird von der SBB geplant und gebaut. Für dieses Projekt ist im QP eine Kostenteilung zwischen SBB, Kanton und Stadt vereinbart. Das wird im EP nicht ganz korrekt abgebildet. Der Kredit für den Anteil der Stadt am Bauprojekt wird dem Einwohnerrat noch mit einer Sondervorlage beantragt. Die BPK zieht jedoch in Zweifel, ob das Projekt tatsächlich 2026 und 2027 umgesetzt werden muss. Auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis wird hier sehr stark hinterfragt. Die finanzielle Belastung der Stadt in Bezug auf die Schulanlagen wird für die längere Zukunft sehr hoch bleiben. Weitere Sanierungen sowie auch ökologische und energetische Überlegungen müssen zu einem grossen Teil zurückgestellt werden. Nicht nur die BPK wartet sehnlichst auf den neuen Stadtsaal im Engel. Nach der Einreichung der Baugesuche ist jetzt auch zu hoffen, dass die Eröffnung im November 2025, also in diesem Jahr stattfinden kann und nicht noch weitere Verzögerungen zu erwarten sind. Der höhere Budgetkredit von 300'000 Franken gibt der Verwaltung einen notwendigen finanziellen Handlungsspielraum für das Feuerwehrmagazin. Je nach Resultat der ersten Abklärungen könnte auch mit diesem Kredit noch eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Die BPK setzt sich dafür ein, dass das Areal im Eigentum der Stadt bleibt. Die BPK würdigt und unterstützt die gewählte Strategie der letzten Jahre und die kostenbewusste Planung und Umsetzung der Bauvorhaben für die Zukunft. Für die meisten BPK-Mitglieder ist sie gut nachvollziehbar und verständlich. Man ist sich jedoch dem beschränkten Einfluss auf die Finanzen bewusst. Es wurde angeführt, dass die Schwerpunkte und Prioritätensetzungen fehlen oder schwer zu erkennen sind. Es wird jedoch sehr positiv angemerkt, dass bei den vielen laufenden und zukünftigen Projekten ein Überblick vorhanden ist und die Planung der Investitionen für das nächste Jahr aufgezeigt werden können. Die benötigte Personalsituation für die Umsetzung muss aber sehr gut im Auge gehalten werden. Ganz allgemein kann im Tiefbau, wie wir es schon erwähnt haben, der rote Faden besser aufgezeigt werden. Zudem besteht auch die Möglichkeit, Synergien mit anderen Unternehmen und mit dem Kanton zu nutzen, was bezüglich Finanzen einen positiven Effekt hat. Die grossen finanziellen Belastungen ergeben sich im Hochbau mit den Grossprojekten wie Bahnhof, Neubauten und Altlasten bei den Schulhäusern. Auch zukünftig ist die finanzielle Lage im Hochbau und somit bei der Stadt angespannt. Umso mehr muss darauf geachtet werden, Alternativen aufzuzeigen, damit die gesamthaft besten Lösungen umgesetzt werden können. Die Bau- und Planungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig die beratenen Abschnitte vom EP zur Kenntnis zu nehmen.

d) Bericht SBK (Nr. 2024-9c)

Lukas Flüeler (GL) nimmt Bezug auf den SBK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2024-9c und führt an, dass sie sich in zwei sehr intensiven Sitzungen eingehend mit den Herausforderungen und Perspektiven der beiden Departemente Sicherheit und Soziales sowie Sport und Bildung auseinandergesetzt haben. Mit Dank an dieser Stelle den Bereichsleitenden Monika Feller und René Frei für ihre Auskunft und auch den Stadträten Pascale Meschberger und Lukas Felix für die transparente Berichterstattung sowie die Bereitschaft, unsere Fragen, die wir eingereicht haben, ausführlich zu beantworten. Beide Sitzungen waren wirklich sehr spannend, es waren sehr interessante und informative Abende. Ich komme als Erstes zum Bereich Sicherheit und Soziales. Besonders positiv hervorzuheben ist das kontinuierliche Engagement von den Bereichsleitenden sowie vom Stadtrat in Bezug auf Themen, welche die öffentliche Sicherheit angeht und auch die soziale Gerechtigkeit. Da geht es um die Sicherstellung von Ressourcen für Schwächere in unserer Gesellschaft. Stadträtin Pascale Meschberger und Bereichsleiter René Frei haben in unserer Sitzung wertvolle Einblicke und Ausblicke in die laufenden Initiativen und Massnahmen zur Sicherstellung der Ordnung im öffentlichen Raum gegeben, sei das bei Veranstaltungen, aber auch beim Geschehen, das aktuell immer wieder Thema ist. Das reicht von der Informationskampagne zu Littering über verstärkte Kontrollen

und Präventionsarbeit mit Jugendlichen bis hin zur klaren Festlegung von Regeln für Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Alles dient dazu, dass wir ruhig und gelassen hier in Liestal leben können. Ein weiterer wichtiger Punkt war die wachsende Belastung im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz, bedingt durch die steigenden Fallzahlen. Bei häuslicher Gewalt und psychischer Probleme steigen die Zahlen sowohl beim Kindes- als auch im Erwachsenenschutz stark an. Das führt zu einer erhöhten Belastung in der Verwaltung. Ein klarer Fokus liegt dabei in der Frühintervention, um die langfristigen Fallzahlen zu reduzieren und Kosten zu senken. Auch die geplante Verstärkung der Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Schritt, um frühzeitig in schwierigen Situationen eingreifen zu können. Darüber hinaus stellt die Bekämpfung von Armut auch eine zentrale Herausforderung dar. Die Schaffung von zusätzlichen Angeboten für «Working Poor» oder auch, wie wir es in den Medien lesen können, die geplanten Notschlafstelle zeigen das Engagement des Departements auch für sozial benachteiligte Menschen in unserer Bevölkerung. Wir sollen ihnen auch in unserem Alltag Teilhabe geben können. In diesem Kontext muss auch die schwierige Informationsbeschaffung für Personen, die benachteiligt sind, angesprochen werden. Ein weiteres Thema, das wir intensiv diskutiert haben, betrifft die Schaffung von Verweilorten für Jugendliche. Der Bedarf an attraktiven, sicheren Orten für unorganisierten Sport oder geselliges Zusammensein wächst mit der zunehmenden Zahl von Jugendlichen in Liestal. Es ist erfreulich zu sehen, dass die Verwaltung eng mit den Jugendlichen zusammenarbeitet um geeignete Plätze zu finden, wo sich diese uneingeschränkt und konfliktfrei aufhalten können. Die Massnahmen fordern ein Gemeinschaftsgefühl von allen und tragen dazu bei, potenzielle Konflikte im öffentlichen Raum zu minimieren. Abschliessend möchte ich betonen, dass die SBK die umfassende und transparente Informationspolitik des Stadtrates und vom Bereichsleitenden sehr schätzt. Die klaren Bekenntnisse zur Schaffung von sozialen Verhältnissen, die für alle Bevölkerungsgruppen in Liestal fair und lebenswert sind, verdient Anerkennung. Gleichzeitig gilt es, die Herausforderungen des demografischen Wandels und der finanziellen Belastung im sozialen Bereich weiterhin aktiv anzugehen. Insbesondere die Herausforderungen der Altersvorsorge und der bezahlbare Wohnraum sind Themen, die Liestal als Stadt im Wachstum und Wandel vorausschauend angehen muss, um langfristig eine lebenswerte und sozial ausgewogene Stadt für alle zu sein. In unserer zweiten Sitzung der SBK haben wir die zentralen Themen im Bereich Bildung und Sport miteinander angeschaut. Dabei sind insbesondere die Ziele und Herausforderungen der Primarschule Liestal sowie die geplanten Massnahmen im Bereich Schulraumentwicklung im Fokus gestanden. Die Primarschule Liestal verfolgt das ehrgeizige Ziel, die qualitativ beste Schule im Kanton Basel-Landschaft zu sein. Das wird durch kontinuierliche Weiterentwicklung, hohe Qualitätsstandards und eine enge Evaluation der Fortschritte erreicht. Besonders hervorzuheben ist die Zertifizierung nach dem Qualitätssystem Q2E, welches durch externe Audits und Evaluationen ständig überprüft wird. Zudem wird die Förderung von allen Kindern in den verschiedenen Leistungsextremen immer wieder in vielen Bereichen aktiv angegangen. Ein herzlicher Dank auch an die Bereichsleitende Monika Feller und an Stadtrat Lukas Felix, die uns zu diesen Bereichen sehr ausführlich Auskunft gegeben haben. Ein bedeutendes Thema ist die Raumproblematik an den Schulen. Die Primarstufe Liestal steht aufgrund steigender Schülerzahlen und begrenzter Raumressourcen vor grossen Herausforderungen. Schulräume effizient zu nutzen, Optimierungsstrategien wie die Umnutzung von bestehenden Schulräumen und andere kreative Lösungen müssen jeweils ergriffen werden. Jedoch ist die Situation aufgrund von fehlender Infrastruktur als suboptimal zu bewerten. Der Stadtrat ist sich diesen Herausforderungen bewusst und setzt unter anderem auch auf Neubauten, Renovationen und muss allenfalls weitere kreative Lösungen in Angriff nehmen. Darüber hinaus wird das Betreuungsangebot kontinuierlich ausgebaut. Es wird am Standort Gestadeck ab dem Schuljahr 2024/2025 ein umfassendes Betreuungsangebot bereitgestellt und ein Tageskindergarten ist ab Sommer 2026 in Planung. Ein Pilotprojekt zur Frühbetreuung sowie erweiterte Abendbetreuungszeiten zeigen einen hohen Bedarf und werden entsprechend weiterentwickelt. Eine besondere Erwähnung verdient auch die Einführung des Waldkindergartens auf der Sichtern, der ab Sommer 2025 das Angebote an ausserschulischen Lernorten erweitert und eine pädagogische Bereicherung darstellt. Dabei wird das Konzept schrittweise umgesetzt und auch auf die Bedürfnisse der Kinder eingegangen. Für die frühe Sprachförderung ist Liestal mit jahrelanger Erfahrung gut aufgestellt. Geplant ist, die Förderung ab dem Sommer

2026 obligatorisch zu machen, was eine Anpassung des Bildungsreglementes erfordert. Zusätzlich wird ein Begegnungszentrum für Familien in Liestal eingerichtet, um den wachsenden Bedarf an Vernetzung und Unterstützungsangeboten zu decken. Die geplante Nutzung der ehemaligen Kindergärten Schwieri für diesen Zweck soll ab dem Schuljahr 2025/2026 realisiert werden können. Die Verbesserung der Leseförderung stellt einen wichtigen Schritt dar. Liestal nimmt als eine der fünf Pilotschulen im Kanton an einem kantonalen Projekt zur Leseförderung teil. Das trägt massgeblich zur Qualitätssicherung und zur steigenden Lesefähigkeit der Schülerinnen und Schüler in Liestal bei. Abschliessend lässt sich sagen, dass die Primarstufe Liestal sowohl in Bezug auf die pädagogischen Innovationen als auch in der Infrastrukturplanung konsequent auf Qualität setzt. Dabei wird die Zusammenarbeit zwischen dem Bereich Bildung und Sport und Hochbauplanung intensiviert, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Es ist jedoch wichtig, auch die finanziellen Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten von einer nachhaltigen Finanzierung der geplanten Massnahmen zu berücksichtigen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Schulraumentwicklung wie auch das Bildungsangebot weiterhin konsequent und nachhaltig weitergeführt werden können. Wir als SBK danken noch einmal den Beteiligten an diesen Sitzungen und wir stimmen den Anträgen des Stadtrates zu.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass man es auch in den umfassenden Berichterstattungen gesehen habe, wie Liestal in Zukunft gesehen werde, wobei natürlich nicht alles für alle immer überall gelöst werden könne. Wir haben auch Entwicklungen vor uns, die uns einschränken, auch was die Finanzen anbelangt. Wir versuchen das im Sinne der nachhaltigen Nutzung von allen Ressourcen unter einen Hut zu bekommen und das so abzubilden. Ich möchte kurz ein paar Sachen noch sagen, die jetzt auch bei den Kommissionsberichten thematisiert wurden. Es ist noch etwas gesagt worden betreffend Priorisierung im Hochbau. Ich möchte vielleicht nochmal erläutern, dass wir eigentlich verschiedene Ebenen haben und gerade das Departement ist ja auch zentral für die Entwicklung und für die Zukunft, wie Liestal aussehen wird. Und wenn man es eigentlich so anschaut, haben wir mehrere Ebenen, die man da behandeln muss. Das eine ist die übergeordnete Langfristplanung. Da gehören Projekte wie „A22 unter den Boden“ dazu. Wir wissen jetzt natürlich nicht genau, was hier weitergeht, weil hier auch ein Volks-Nein war. Das kann aber auch eine Chance sein, dass man jetzt gleich einen Tunnel macht, bevor man saniert. Wir haben die Masterplanung Rheinstrasse, die uns Chancen und Möglichkeiten gibt. Dazu kann ich sagen, dass der Vertrag mittlerweile unterschrieben ist. Dort läuft das Projekt weiter und ich hoffe schwer, dass es nicht ewig geht, dass man dann auch in die Umsetzung gehen kann und diese Areale dann auch freispielen kann. In der ganzen Planung überschattet uns mittlerweile immer mehr das ganze Thema des Heimatschutzes. Wir wissen es alle im Zusammenhang mit der Cheddite. Bei den Interessensabwägungen ist auch nicht immer ganz klar, welche Interessen jetzt überhaupt zu berücksichtigen sind und auch die Gerichte dies immer mehr ausdehnen, womit teilweise die Rechtssicherheit untergraben wird. Auch dem wollen wir entgegenwirken, damit wir in Zukunft in Liestal auch bauen können. Die Quartierplanungen sind dann so die zweite Ebene unten dran, wo ja Leute zu uns kommen, die wir begleiten, dass auch die Entwicklungen voran gehen. Und natürlich sind Areale wie Allee und Lüdin ganz zentrale Projekte für den Stadtrat. Dann ein anderes wichtiges Thema weiter unten sind unsere Liegenschaften und Immobilien. Es ist natürlich vor allem der Schulraum, der uns beschäftigt. Aber wir haben natürlich auch noch andere Bauten und da komme ich wieder zu den Finanzen, die wir natürlich priorisieren müssen. Auch der Tiefbau mit Strassen wie beispielsweise aktuell die Sichtenstrasse haben nach einem Unwetter auf einmal eine andere Priorität. Und dann müssen wir dort noch Geld in die Hand nehmen, um auch diese Strasse machen zu können, obwohl wir das so nicht vorgesehen haben. Besonders gefreut hat mich das Votum betreffend dem Kantonsspital. Das ist ein Thema, das uns auch beschäftigt. Also pro Franken, der da als Wertschöpfung aus dem Spital rauskommt, gehen 40 Rappen in die nachgelagerten bzw. auch vorgelagerten Wertschöpfungsketten, also an Lieferanten usw. aus der Region. Und auch Steuereinnahmen würden

wegfallen. Aber ganz wichtig finde ich eben auch, und da beziehe ich mich wieder auf den Masterplan Rheinstrasse, wir müssen uns auch gut positionieren für Unternehmen, damit diese nach Liestal kommen. Und da sehen wir vor allem den Bereich Gesundheit, wo wir ja zwei grosse Player haben. Dort sollen die Unternehmen ebenfalls in den Masterplan Rheinstrasse involviert werden können um dort ein Ökosystem Gesundheit zu bilden, zusammen mit den grossen Player, indem man sehr eng und vernetzt zusammenarbeiten kann, mit sehr kleinen Distanzen. Angesprochen worden ist auch noch die Frage der Strasse, die es braucht oder nicht braucht. Das sehe ich als ein ganz wichtiges Projekt an. Da haben wir ja Verträge. Da kann man nicht einfach sagen, jetzt halten wir mal an und hören auf, ob ein Hochhaus kommt oder nicht. Das darf man nicht vergessen. Wenn man mal den Emma-Herwegh-Platz freispielen will, dann braucht es einfach dahinter diese Strasse. Und sonst muss man immer dort durch auf das Park & Ride der SBB. Und dann haben wir auch wieder das gleiche Problem wie unten mit den oberirdischen Parkplätzen. Und da strengen wir uns ja sehr an mit diesem Parkhaus, das gebaut wird, dass man dort die Flächen eben freispielen und in Wert setzen kann. Und ich sehe das eben als strategisch ganz wichtig, dass diese Strasse dort kommt. Das gibt auch neue Chancen für einen hinteren Teil im Güterareal, wo man dann eben auch weiterentwickeln kann. Besten Dank für die Diskussionen und das wohlwollende Aufnehmen von unserem Bericht, der ja finanziell nicht sehr rosig aussieht.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Roger Ballmer (FDP) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecher fest, dass er es nicht unterlassen möchte, zuerst einmal dem Stadtrat und der Verwaltung für die umfangreiche Arbeit an diesem Entwicklungsplan zu danken. Der EP war eine aussagkräftige Grundlage für unsere Beratung, die ihr uns zur Verfügung gestellt habt. Leider hat aber die Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsplan und dem Finanzplan bei uns doch die eine oder andere Sorgenfalte produziert. Der Grund dafür ist, gegenüber dem EP vom letzten Jahr hat sich die finanzpolitische Perspektive der Stadt bei gleichbleibenden Zielen und weiterhin ambitionierten Zielen in verschiedenen Bereichen, Bildung, Umwelt, Soziales usw. stark eingetrübt. Hat der EP vor einem Jahr ein positives operatives Ergebnis ab dem Jahr 2027 in Aussicht gestellt, so ist von dem im neuen EP nichts mehr zu sehen. Das operative Ergebnis der Stadt Liestal hat sich deutlich verschlechtert und bleibt neu in allen Jahren negativ mit 1,4 Millionen Franken im Mittel. Das heisst, wir haben ein wachsendes strukturelles Problem, das auch nicht dadurch zu lösen ist, sollten sich die immer noch eingepplanten, bereits aber mehrfach verschobenen, einmaligen Infrastrukturabgaben irgendwann einmal realisieren lassen. Im Jahr 2021, also vor mehr als vier Jahren, hat man ein Programm zur Aufgabenüberprüfung gestartet, mit dem Ziel, die strukturellen finanziellen Probleme, die man dort schon gesehen hat, anzugehen und dazu eine Entlastung von ca. über 4 Millionen Franken pro Jahr zu erreichen. Bis heute, also vier Jahre später, hat die Überprüfung und die bis jetzt umgesetzten Massnahmen aber erst zu einer Entlastung von 1,2 Millionen jährlich geführt. Das heisst etwa 30% von diesem Ziel. Mit diesem Tempo und diesem Umfang wird es uns nicht gelingen die strukturellen Defizite zu stabilisieren, geschweige denn sie abzubauen. Wie der Stadtrat im EP festhält ist daher neben der konsequenten Weiterverfolgung der laufenden Aufgabenüberprüfung eine weitere, zusätzliche Überprüfung unausweichlich. Dem pflichtet seine Fraktion voll und ganz bei. Denn die Notwendigkeit und Dringlichkeit, den Gürtel enger zu schnallen, ist offensichtlich. Ansonsten verlieren wir als Stadt unsere Handlungsfähigkeit. Für die Rechnung 2024 zeichnet sich nämlich, wie der Zwischenbericht zeigt, ein Verlust von 5 Millionen ab und damit schmilzt das Eigenkapital inklusive der finanzpolitischen Reserven auf noch knappe 18 Millionen Franken. Das ist alles andere als eine beruhigende Situation, wenn wir weiterhin ein strukturelles Defizit von 1,4 Millionen Franken decken müssen. Oder mit anderen Worten: Es ist fünf vor zwölf und wir brauchen eine finanzpolitische Kehrtwende. Trotz Priorisierung und zeitlichen Verschiebungen der Projekte kommen wir nicht drum herum, weiterhin namhafte Investitionen zu tätigen, insbesondere auch bei der Erweiterung und Sanierung der Schulräume. Das wissen wir alle. Bei einer ungenügenden Selbstfinanzierung bleibt uns nichts anderes, als für die notwendigen Investitionen neue Schulden aufzunehmen, was unseren Schuldenberg im EP um weitere 15

Millionen ansteigen lässt. Wir reden heute von 88 Millionen Franken, die wir Ende dieser Periode haben werden. Und das bei einem Eigenkapital von 18 Millionen. Wir müssen dringend zu einer nachhaltigen Finanzpolitik finden, ansonsten sind auch alle anderen Ziele vom EP aufgrund der fehlenden Finanzierung absturzgefährdet oder schlicht nicht mehr zu erreichen. In diesem Sinne nimmt unsere Fraktion den vorliegenden Entwicklungs- und Finanzplan mit entsprechenden Besorgnissen einstimmig zur Kenntnis.

Anja Weyeneth (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecherin, dass ihre Fraktion sehr erfreut sei, dass es aus dem EP so wertvolle Berichte gegeben habe. Wir erfahren hier sehr viel und die Auseinandersetzung mit den Themen ist spürbar, es interessiert und es wird sehr gut dokumentiert, was passiert. Wir freuen uns natürlich auch, dass es einige SP-Themen darunter hat. Gerade im Schul- und im Sozialbereich sind viele Überlegungen spürbar und auch differenziert dargelegt. Bedauerlicherweise erfahren wir, dass es Working Poor immer noch gibt. Das tut wirklich weh, denn nach unserer Meinung dürfte es das nicht mehr geben. Darum haben wir uns auch für einen Mindestlohn eingesetzt. Es gibt zunehmend Meldungen bei der KESB wegen häuslicher Gewalt und psychischer Instabilität, das ist erschreckend. Dass das Departement dort den Fokus auf die Prävention legt, unterstützen wir sehr. Und der Grund für die externen Mandate bei der KESB werden gut dargelegt und auch wie die Zukunftsmassnahmen aussehen. Dass es bei der Schulsozialarbeit eine Stellenaufstockung braucht, ist ebenfalls zu bedauern. Man zeigt ja auch immer damit, dass nicht alles so gesund ist. Das ist aber sehr wohl notwendig, weil langfristig ist das natürlich viel hilfreicher als nichts zu machen. Die Leseförderung begrüßen wir ebenso und dass in den Schulen partizipative Prozesse gefördert werden, finden wir erfreulich. So können Kinder schon früh teilnehmen und erste Erfahrungen sammeln. Auch die regelmässigen Gespräche der Stadt mit den Jugendlichen zu problematischen oder gefährlichen Themen wie Drogenkonsum oder einfach Themen im Zusammenleben begrüßen wir sehr. Da scheint ein Vertrauen aufgebaut worden zu sein, denn die Jugendlichen gehen ja schon aktiv auf die Stadt zu. Das finden wir eine positive Entwicklung. Auch konnten wir lesen, dass runde Tische installiert worden sind zu brennenden Themen. Das finden wir ebenso sehr gut, denn der persönliche Kontakt zu den Menschen ist äusserst wichtig. Dass in der Schulraumplanung Mieten und Anbau in Betracht gezogen werden, das finden wir auch sehr positiv. Es wird ersichtlich, wie viele Themen die Stadt behandeln muss, damit die Bevölkerung im Einzelnen, aber auch im Gemeinsamen gut funktioniert. Auch im BPK-Bericht erfahren wir viel oder natürlich auch aus dem Internet. Die Erschliessungsstrasse vom Bahnhof, dass sie das kritisch betrachten, finden wir gut. Es ist notwendig hinzuschauen. Wie notwendig ist sie, zu welchem Preis und zu welcher Zeit? Und auch gerade deshalb, weil kürzlich auf Bundesebene der Strassenausbau nicht gutgeheissen worden ist. Wir begrüßen es generell, dass die Investitionen kritisch angeschaut werden und Prioritäten auch angeschaut werden. Wir meinen damit, dass man immer wieder neu anschauen und eventuell neu entscheiden muss, weil man eben nicht immer weiss, was kommt und was vielleicht plötzlich eine neue Priorität hat. Das Thema bezahlbarer Wohnraum ist der BPK ebenso wichtig, die umsichtige Haltung freut uns natürlich zu lesen. Dass die BPK grundsätzlich gegen den Verkauf von Land und Liegenschaften ist und sich insbesondere einsetzt für den Erhalt des Feuerwehrmagazins, begrüßen wir sehr. Das spricht uns aus dem Herzen und wir nehmen alle drei Berichte einstimmig zur Kenntnis.

Simon Wiesner (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass auch die SVP-Fraktion mit Besorgnis auf die steigende Verschuldung schaue und hofft, dass diese reduziert werden könne, denn eine Zwangsverwaltung wolle keiner von ihnen. Die SVP findet es zudem wichtig, dass der Stadtrat den Fokus auf die Aufgabenüberprüfung legt, um potenzielle Kostenoptimierungsbereiche zu identifizieren. Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat sowie bei allen Bereichsleitern für die übersichtliche und nachvollziehbare Darlegung des Entwicklungsplans. Die SVP-Fraktion wird den Bericht einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Michael Durrer (GL) orientiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass sie wie jedes Jahr ein sehr umfangreiches und ausführliches Dokument erhalten hätten und es sich passend zum Namen „Entwicklungsplan“ in den letzten Jahren auch immer ein bisschen weiterentwickelt

habe. Als mehrjähriges Planungsinstrument ist es wichtig, um zu sehen, was die Aufgaben sind und auch die Investitionen, um die finanzielle Entwicklung im Auge zu behalten. Aber es ist aus seiner Sicht für uns Ratsmitglieder eben auch immer eine sehr gute Gelegenheit, Einblick in die Arbeit des Stadtrats und der Verwaltung zu bekommen. Und das finde ich, auch wenn das vielleicht für gewisse Leute im Stadtrat anstrengend ist, wenn sie hier Fragen beantworten müssen und dies teilweise auch alle Jahre wieder die gleichen sind. Es liegen drei Kommissionsberichte vor. Das ist viel Zeit, die da investiert wurde. Aber ich glaube, das ist wertvoll für die Zusammenarbeit vom Einwohnerrat und Stadtrat damit wir auch die ganze Arbeit der Verwaltung würdigen können. Darum auch an dieser Stelle von uns natürlich ein Dankeschön an alle Mitarbeitenden der Stadt und speziell auch an die Bereichsleitungen und Stadträte, die sich viel Zeit genommen haben, jetzt in den Kommissionen wirklich ausführlich alle Fragen zu beantworten. Aus unserer Sicht sind es ein paar Punkte, die wir nochmals schnell hervorheben wollen, dass wir es toll finden, dass das vorkommt und auch strategische Ziele sind. Sei es das Thema der Biodiversität auf stadteigenen Flächen, aber auch, dass man Anreize für die Privaten schafft. Auch die Notschlafstelle, dass das Thema weiterverfolgt wird, bei dem sich der Kanton nicht zuständig fühlt, das finden wir sehr positiv und unterstützenswert. Und wir haben es gehört, schon mehrfach, die grosse Herausforderung, das ist sicher die Schulraumplanung beziehungsweise in dem Zusammenhang auch die finanzielle Situation, die nach wie vor wenig Spielraum zulässt. Insgesamt möchten wir uns bedanken für dieses gute Dokument und werden das selbstverständlich zur Kenntnis nehmen.

Domenic Schneider (GLP) meint als GLP/EVP-Fraktionssprecher, dass man als Mitglied des Einwohnerrates das Privileg habe, mit dem Entwicklungsfinanzplan ein Dokument zu bekommen, in dem man sehe, wie sehr sich die Stadt Gedanken mache über die Zukunft von Liestal. Das ist ein hervorragendes Instrument und zeigt in ganz vielen Ebenen auf, in welche Richtung man gehen möchte. Dass man auch die Lebensqualität für zukünftige Generationen sichert, indem man das Thema Nachhaltigkeit, die soziale Nachhaltigkeit und auch ökologische Nachhaltigkeit usw. auch anschaut. Und da gehört aber auch die finanzielle Nachhaltigkeit dazu. Und das haben wir auch schon gehört: Selbstfinanzierung, Verschuldung und Einnahmenquellen. Das sind Themen, die einfach im Moment nicht dort sind, wo sie hingehören. Ich könnte jetzt darauf hinweisen, dass ich vor fünf oder sechs Jahren schon einmal gesagt habe, dass wir in Richtung 80 Millionen Franken Fremdverschuldung laufen und dort noch ausgelacht worden bin. Irgendwann müssen wir irgendetwas unternehmen. Weil sonst können wir sagen, unsere Kinder oder Enkelkinder sollen mit 200 - 300 Millionen Franken Fremdverschuldung leben. Ich weiss nicht, ob man das wirklich will. Und da werden wir uns im Rahmen von weiteren Verhandlungen in den Fraktionen, in den Parteien, im Rat auch einmal unangenehme Fragen stellen müssen. Weil es ist nicht nur unsere Aufgabe, einfach zu sagen, was alles schön ist an diesen Plänen und an diesen Dokumenten, die wir bekommen. Sondern es ist auch unsere Aufgabe, dass wir einmal streiten miteinander, im Einwohnerrat, mit dem Stadtrat und auch die Massnahmen definieren. Aber, dann kommt gerade wieder das «aber». Ich weiss es auch nicht. Ich habe sie heute auch nicht im Hosensack, um sie nach vorne zu ziehen und sagen zu können, welches die richtigen Massnahmen sind. Ich bin jetzt schon ein paar Jahre in der Finanzkommission und denke immer wieder, wo können wir optimieren? Was können wir rausstreichen? Wollen wir jetzt das Schulhaus noch mal ein paar Jahre irgendwo nach hinten schieben? Wir könnten ja die Sichtenstrasse einfach nicht sanieren, dann sparen wir auch ein bisschen Geld. Es ist jetzt schon bald ein Jahr oder ein Dreivierteljahr her. Wir könnten ja die wie früher alle nur in einem Schulzimmer unterbringen, doch dann verletzen wir wieder kantonale Regelungen. Ja, wie schlimm ist das jetzt überhaupt? Es ist wirklich schwierig und wenn jemand irgendwer den goldigen Schlüssel hat für die richtigen Massnahmen, bin ich gespannt auf die Einzelvoten.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Tobias Tanner (SVP) möchte auch noch ein Dankeschön an den Stadtrat, an Monika Feller und an René Frei für die ausführlichen und interessanten Infos richten. Ein besonderer Dank

auch an Lukas Flüeler (GL) für den detaillierten SBK-Bericht. Wir von der SVP nehmen den Bericht zur Kenntnis und hoffen auf eine saubere und gute Umsetzung.

Bernhard Bonjour (SP) möchte als Einzelsprecher nochmals sagen, dass er sehr beeindruckt sei von diesen drei Berichten. Ich habe mich vor allem um den Schulbereich gekümmert, weil ich dort am ehesten etwas verstehe davon. Und ich bin sehr beeindruckt, was die Schule macht. Und ich glaube, es sind nicht einfach schöne Sachen, sondern es sind notwendige Sachen. Und wenn man dort sehr sorgfältig ist, dann kann man am Schluss auch etwas sparen. Das ist die Hauptaussage. Weil gesagt wird, man solle doch auch kontroverse Sachen sagen und auf Dinge hinweisen, dann habe ich dort ein Fragezeichen im Schulbereich, wo ganz viel von Evaluation, externen Begutachtungen, Zertifizierung, Messungen etc. gesprochen wird. Dort sehe ich persönlich einen Ressourcenverschleiss, sowohl an Geld wie auch an Energie. Und dort bin ich nicht ganz sicher, ob man das nicht besser überprüfen könnte, dass man das weniger macht. Die Zahlengläubigkeit und die Gläubigkeit an Statistiken scheint mir ein bisschen der Aberglaube unserer heutigen Zeit zu sein und dort kann man ruhig kritisch nicht jeden Trend mitmachen. Das ist eine kantonale Sache und die können wir nicht einfach allein lösen. Aber wir können vielleicht beim Kanton auf die gemachten Checks hinweisen. Ich noch nie irgendein interessantes Resultat von diesen Checks gesehen. Ich finde es einen gewaltigen Ressourcenverschleiss, sie sind sagenhaft teuer und sie belasten die Schulen sehr. Wenn man dort darauf hinwirken kann, dass man mit solchen Sachen aufhört, dann hat man auch etwas gewonnen, auch inhaltlich.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert sich dahingehend, dass es interessant sei zuzuhören und die Voten mit den Kommissionsberatungen, bei welchen er teilgenommen habe, zu vergleichen. Das Votum, auf das Geld zu schauen, ist klar. Dort machen wir weiter und entwickeln auch weiter. Ich möchte sagen, dass er 1,2 Millionen schon ein gutes Ergebnis findet. Natürlich reicht das nicht und das ist auch ihm klar. Ich möchte darauf hinweisen, dass es schon mal eine Aufgabenüberprüfung gab, da hat man im Rathaus die Bleistifte gezählt und entsprechend versucht, dort zu sparen. Das hat nicht sonderlich gut funktioniert. Es gab auch einmal einen Versuch, da hat man Brunnen abgestellt in der Stadt, damit die Wasserkasse nicht mehr Geld verlangen muss von der Einwohnerkasse. Das war dann die einzige Massnahme, die überlebt hat, da haben wir aber auch nicht sonderlich viel und nachhaltig gespart. Mittlerweile laufen die Brunnen auch wieder in der Stadt. Und auf dieser Seite oder überall sonst höre ich dann, ja, das müsste man noch, das wäre auch noch schön und toll. Domenic Schneider (GLP) sagte ja auch, dass er keine Verbesserungsmassnahmen kenne. Und für mich ist es nicht einfach, mögliche Massnahmen anzuschauen und auch sorgfältig umzusetzen. Und ich denke, das ist ja auch wichtig für uns vom Stadtrat, weil wir das aufnehmen in der nächsten Budgetplanung, was wir hier hören. Was ist jetzt genau? Also ich höre da verschiedene Richtungen, aber ich habe nicht eine klare Richtung. Und damit machen wir auch weiter, so wie wir es jetzt im Plan drin haben. Und dazu möchte ich auch noch sagen, dass wenn man die Finanzlage anschaut, ganz allgemein, die ist absolut nicht toll. Ich weiss es, aber das haben wir auch schon ein paar Mal diskutiert. Michael Durrer (GL) hat einmal vom Frust-Erlebnis, das er jedes Jahr hat, erzählt. Für mich ist einfach auch noch der Blick nach aussen wichtig. Und da meine ich jetzt nicht, dass wir uns einfach zurücklehnen können. Wir haben ja die Aufgabeprüfung hier hineingebracht. Nun noch schnell etwas zum politischen Willen. Wir wollten gerne sparen, dann hat der Einwohnerrat aber entschieden, dass er dies bei der Gitterli-Leistungsvereinbarung nicht tun möchte. Wenn wir das schon machen, dann müssen wir es auf beiden Seiten voll durchziehen, wenn da Forderungen kommen. Und das Zweite ist der Blick nach aussen, gerade mit Blick aufs Gitterli-Bad. Wir sind noch weit weg von Waldenburg, wo der Kanton mit Pistolen auf die Brust zielt und sagt, entweder die Steuern hoch oder das Bad nach unten. Aber natürlich geht das Eigenkapital zurück. Und natürlich haben wir einen Verlust in der Rechnung 2024 in dieser Grössenordnung im Zwischenbericht gemäss vorgängiger Information. Aber wenn ich anschau, was andere Gemeinden so sehen oder haben, dann ist das alles andere als rosig. Und da möchte ich einfach nochmal sagen, von Seite Kanton wird ja gesagt, dass es den Gemeinden doch gut gehe. Ja, das ist klar und stimmt auch, wenn man den Durchschnitt nimmt, über alle Gemeinden ein paar Kennzahlen hinlegt und dann sagt, dass

der Durchschnitt ja doch recht gut ist. Aber die 86 Gemeinden sind sehr verschieden verteilt. Und wenn ich nur schon schaue, wie viele Gemeinden am Finanzausgleich hängen, dann sind das über 70 und nur noch ein paar wenige, die etwas einzahlen. Die bezahlen eine Menge ein und das wird dann in diesem Kanton umgelagert. Und dann sehe ich Ausgabenpositionen beispielsweise im Alter, die wegen einem Bundesgerichtsurteil einfach 1,5 Millionen höher sind. Wir haben ausgewiesen und schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass die grössten Risiken die Gesetzesänderungen sind. Insbesondere diejenigen, die oben entschieden werde, so beispielsweise die Gesetzesänderungen betreffend den Klassenlehrerstunden. Und es sind natürlich weitere Sachen, die man auch anschauen muss. Also man muss auf der Ebene oben schauen, was dort noch gefordert wird und am Schluss wieder auf die Gemeinden abgewälzt wird. Und gerade die Situation wird auch noch verschärft, wenn ich jetzt sehe, wo der Kanton unterwegs ist und sich auch überlegt, was kann er sonst noch an Gemeinden herunter-schieben an zusätzlichem Aufwand. Dann wird es mir doch etwas Angst und Bange. Ich hoffe, dass unsere Steuerschätzungen zumindest recht präzise sind, damit es eben hochgeht bei den Steuererträgen auf die lange Frist, damit wir dort nicht auch dort noch ein Problem bekommen. Er begrüsst die Diskussionen in den Kommissionen, weil solche hilfreich sind bezüglich der verschiedenen Ansprüche, Ideen usw. sind und wir uns dann gemeinsam für den Gang in eine gemeinsame Richtung entscheiden können. Auch Steuersenkungen wurden gefordert und dass dies nicht zusammenpasst ist wohl auch klar, denn man kann nicht alles haben und es ist auch nichts gratis. Wir arbeiten weiter daran mit viel Energie, Innovation sowie Kreativität und schauen, dass wir unsere Aufträge vom Gesetz erfüllen können und schauen, dass wir nachhaltig unterwegs sind, und zwar in allen drei Dimensionen.

h) Anträge

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Er lässt nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen, welche von allen drei vorberatenden Kommissionen unterstützt werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2025-2029 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

5. Sozialdienste – Bericht «Besuch der Sozialdienste 2024» der Geschäftsprüfungskommission GPK (Nr. 2025-33)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Daniel Jurt (SVP) stellt als Präsident den Kommissionsbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gemäss Vorlage Nr. 2025-33 vor. Zum Bericht vom Besuch bei den Sozialdiensten werden einleitend zwei Bilder vom Ratspräsidium projiziert. Eines zeigt eine Frau, die inmitten von dichtestem Verkehr steht und bittet. Und wenn man das zweite Bild anschaut, ist es noch dramatischer. Sie hat ein Kind im Arm und versucht so, ihre Almosen anscheinend zum Überleben zu bekommen. Wie Sie auf den beiden Fotos gesehen haben, gibt es Länder, in denen die soziale Unterstützung durch den Staat fehlt. Und wir sind uns alle einig, dass das nicht das Ziel unserer Gesellschaft sein kann. Gerade wenn Kinder involviert sind, sollten diese nicht in grösster Armut aufwachsen müssen und zum Schluss noch zum Betteln angestiftet werden. Das Thema Betteln haben wir ja hier im Einwohnerrat schon einmal behandelt. Für uns war der Besuch der GPK bei den Sozialdiensten für beide Seiten sehr aufschlussreich und eindrücklich. Was uns, aber auch vorallem mich, überrascht hat, ist das Lager mit Nahrungsmitteln und den wichtigsten Hygieneartikeln, die man im Rathaus hat. Es gibt Antragsteller, die anscheinend gar kein Geld mehr haben und nicht einmal mehr Geld für Lebensmittel und die wichtigsten Artikel haben, die es braucht, sodass man das mit Sachwerten überbrücken muss, bis dann schlussendlich Geld fliesst. Und wir mussten feststellen, dass die Sozialhilfe jeden treffen kann. 80% der Sozialhilfefälle sind aus gesundheitlichen Gründen, einer Krankheit, einem Unfall usw., die dann über die lange Arbeitsunfähigkeit am Schluss zum Gang zur Sozialhilfe gezwungen sind. Aber dieser Weg, das mussten wir auch hören, ist für die Betroffenen oft nicht einfach oder auch nicht einfach zu gehen und man muss dort wirklich alles offenlegen, dass man nachher im Prinzip auf Sozialhilfeleistungen Anspruch hat. Und es ist auch klar, das Ziel ist die Wiedereingliederung in die Arbeitsprozesse. Wenn aber aus gesundheitlichen Gründen ein Arbeitsunfähigkeitszeugnis vorliegt, ist natürlich jede Integrationsmassnahme praktisch unmöglich. Hier sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft auf Zeugnisse der Ärzte angewiesen. Und ein Vertrauensarzt, der ja das dann auch prüft, ob die Sache oder die Angaben, die da gemacht werden, auch stimmen können. Und das braucht natürlich eine notwendige, kritische Qualität von Überprüfung und ob dann jeder Arzt einem anderen Arzt auf die Füsse steht, das können wir natürlich nicht beurteilen. Wie gesagt, schlussendlich führt eine lange Arbeitsunfähigkeit meistens auch noch in die IV. Bis die IV-Verfügung vorliegt, muss die Gemeinde zahlen und das kann bis zu sechs Jahre lang gehen. Sobald der IV-Entscheid vorliegt, wird der Betrag, den die Gemeinde als Vorschuss gegeben hat, vollständig zurückerstattet. Aber wir müssen uns auch bewusst sein, dass auch das öffentliche Gelder sind, einfach eine andere Schatulle und belasten natürlich die Gemeindekasse dann nicht mehr in diesem Sinne. Die Ausgabe der Sozialhilfe, das habt ihr ja gesehen in der Rechnung, ist mit über 15 Millionen sehr hoch. Und damit auch nicht ein unbedeutender Posten. Von der Gesetzgebung her vom Kanton ist sehr vieles vorgegeben. Das heisst, dort kann man gar nicht sparen. Und es gibt dort nur einen kleinen Handlungsspielraum von etwa 1,8 Millionen. Aber durch die Verbesserung der Prozesse, die man gemacht hat und aus den Lehren aus der Vergangenheit, hat man laut Aussage jetzt eine Einsparung von gesamtheitlich 3,2 Millionen Franken. Am ersten Halbtage hatten wir eine Einführung durch den Bereichsleiter und Abteilungsleiter. Dort wurden vor allem die gesetzlichen Auflagen, Prozesse und die Optimierung der Prozesse vorgestellt, die Organisation der Sozialhilfe und vor allem die Qualitätssicherung mit zum Teil vertraulichen Unterlagen und entsprechenden Kennzahlen. Am zweiten Halbtage konnten wir dann vor Ort mit den Mitarbeitern den Ablauf dieser Prozesse anschauen. Vom Intake, wie sich das nennt, also von der Anmeldung für Sozialhilfe, dann über die Folgenprozesse zum Einstieg in die Sozialhilfe und dann den Folgen- und Unterstützungsprozessen. Wie uns gesagt wurde, gibt es einige Antragsteller, welche trotz Aufforderung die relevanten Dokumente gar nicht liefern und auch den Nachweis so nicht erbringen können, dass sie eigentlich ein Recht auf Sozialhilfe hätten und somit wird irgendwann mal das Dossier geschlossen. Die

GPK konnte feststellen, dass eigentlich alles rechtens läuft, soweit man das auch beurteilen kann und dass da auch sehr gute Arbeit geleistet wird. Die Belastung ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialdienst, die mit den Kunden oder dem Klientel zu tun haben, oft sehr herausfordernd und manchmal auch sehr belastend. Daher, das mussten wir auch feststellen, arbeiten die meisten nicht in einem 100%-Pensum. Dann sind auch Wünsche von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an die GPK herangetragen worden. Diese sind aber eigentlich auf der Stufe der Bereichs- und Abteilungsleitung bereits bekannt und auch schon besprochen worden. Ein Wunsch, und der liegt nicht in unserer Macht, das ist eine höhere Stufe, sprich der Kanton. Dort ist es immer noch so, dass man alle digital vorliegenden Daten einerseits digital überweisen und andererseits das ganze Dossier noch ausdrucken und dem Kanton bringen muss, was immer mit sehr viel Arbeitsaufwand verbunden ist. Diejenigen, die da im Kanton das Sagen haben, sollten das vielleicht mal mitnehmen und korrigieren, was ja in der heutigen Zeit mit verschlüsselter digitaler Übermittlung ja auch möglich sein sollte. Die GPK bedankt sich bei Bereichsleiter René Frei und Abteilungsleiter Roger Schär sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialdienstes für ihre Offenheit und auch die Gespräche, die wir während des Besuchs hatten. Wir danken auch für die geleistete Arbeit in diesem zum Teil sehr schwierigen Umfeld, in dem sie tätig sind. Und ich darf auch sagen, dass der GPK-Besuch auch sehr geschätzt worden ist. Sie haben auch gemerkt, dass wir nicht eine Inspektion im klassischen Sinn oder ein Audit machen, sondern einfach mal überprüfen und über die Schultern schauen wollen. Somit beantragt Geschäftsprüfungskommission den GPK-Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Corinne Hügli (GLP) bedankt sich als GLP/EVP-Fraktionssprecherin bei der GPK für die Überprüfung der Sozialen Dienste und den Bericht. Auch bei den Bereichsleitern, Abteilungsleitern und Verwaltungsmitarbeitenden bedanken wir uns für die offene Zusammenarbeit. Der Sozialdienst konnte durch Konzeptanpassungen und Strukturreformen Kosteneinsparungen erzielen. Auch dafür herzlichen Dank für das Engagement. Wir als GLP/EVP-Fraktion sind ja nicht Teil der GPK und haben deshalb auch vielleicht ein paar zusätzliche Fragen, die aus dem Bericht heraus für uns nicht so klar hervorkommen sind. Ich möchte hier auf verschiedene Punkte eingehen aus dem Bericht, bei denen wir denken, es könnte noch ein bisschen mehr Detailinformationen dazu geben. Es wird erwähnt, dass Strukturanpassungen vorgenommen wurden und man auch ein Controlling eingeführt hat. Genaueres wird aber nicht dazu geschrieben, also dort würden uns Hintergrundinformationen dienen, um das auch einschätzen zu können. Dann ist vorher erwähnt worden, dass der Kanton auch noch Papierunterlagen verlangt. Da stellt sich mir die Frage, um was geht es da genau? Meiner Kenntnis nach nimmt der Kanton eigentlich fast alles in digitaler Form entgegen. Ich habe heute auch noch mit einem Kollegen vom Sozialamt telefoniert. Es ist ihm nicht ganz bekannt, um was es da geht. Da wäre auch ein bisschen mehr Information im Bericht noch gut gewesen, um das zu beurteilen. Vielleicht liegt es auch an den Kanälen, die die Stadt nutzen kann, um zu übermitteln und vielleicht gibt es da noch Sachen, die man optimieren könnte. Dann ist im Bericht erwähnt, dass die Psychiatrie Personen, die nicht in Liestal angemeldet sind, an den Sozialdienst überweist. Da haben wir uns einfach die Frage gestellt, was genau macht der Sozialdienst mit diesen Anmeldungen, er ist ja eigentlich nicht zuständig. Dort fehlen uns auch noch ein bisschen Zusatzinformationen dazu, wie man damit umgeht. Dann ist auch noch erwähnt, dass die Mitarbeitenden vom Sozialdienst sich wünschen, sie könnten sich mit geschäftlichen Geräten im Bereich Mobiltelefonie mit den Klienten auseinandersetzen und so die Erreichbarkeit ein bisschen verbessern. Dort ist auch geschrieben, dass die Vorgesetzten im Sozialdienst dem zustimmen und das als sinnvoll erachten würden. Es ist aber nicht geschrieben, ob man schon etwas unternommen hat und ob man dort wirklich etwas verbessern möchte. Was uns auch klar scheint, ist, dass man mit privaten Telefonen wahrscheinlich eher nicht die geschäftlichen Geschäfte abwickeln sollte. Dann ist noch erwähnt, dass 80% der Klientinnen und Klienten gesundheitliche Probleme haben. Es würde uns noch interessieren, ob man schon zusätzliche Massnahmen im Sozialdienst geplant hat, um die Arbeitsintegration noch verbessern zu können. Und es ist auch noch geschrieben, dass externe Dienstleister relativ teure Honorare haben und man dort auch Einsparungen vornehmen möchte. Diesbezüglich ist auch die Frage aufgetaucht, ob schon etwas geplant ist und wie man das Problem lösen möchte. Aber alles

in allem danken wir der GPK herzlich für die Prüfung der Sozialdienste, doch hätten wir da und dort einfach etwas mehr Hintergrundinformationen gewünscht. Den GPK-Bericht wird man einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Stefan Fraefel (Mitte) führt als Sprecher der FDP/Mitte-Fraktion aus, dass seine Fraktion den Bericht der GPK erfreut zur Kenntnis nehme. Es ist ein guter Bericht, welcher auch offenlegt, dass in diesem Bereich nicht mehr viel im Argen liegt und es dort doch sehr gut läuft. Die alten Hasen und Häsinnen hier drin können sich vielleicht noch erinnern, dass wir mal recht explodierende Sozialhilfekosten hatten und dass hier ein Turnaround geschafft werden konnte, ohne dass sich jetzt die wirtschaftliche Situation so derart viel verbessert hätte, dass plötzlich alle Leute einen Job haben und vor allem niemand mehr krank wurde. Die Kosten konnte man senken und das ist sehr erfreulich. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass schlussendlich eine gute Stimmung herrscht auf dieser Abteilung und wir sind ja auch als GPK sehr freundlich empfangen worden von allen Beteiligten, was nicht selbstverständlich ist und darum auch zu loben ist. Wir haben ein paar Wermutstropfen, was eben auch im Bericht erwähnt ist. Offenbar sollten Klienten an die nächstbeste Sozialhilfe überwiesen werden, die gerade in der Nähe ist. Oder dass eben auch private Drittpersonen aus der Not von Sozialhilfebezügern Profit schlagen wollen. Dass da dann der Behörde die Hände gebunden sind, ist unbefriedigend. Insgesamt sind wir froh um die Prüfung und den positiven Eindruck, den sich die GPK verschaffen konnte und der GPK-Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Jacques Heller (SP) orientiert, dass die SP-Fraktion nach den zwei Besuchen der Sozialdienste vom 25. und 29. November durch die GPK eine sehr positive Bilanz ziehe. Wir haben zuerst an diesem Montagnachmittag eine umfassende und informative Einführung zu gesetzlichen Grundlagen, Organisation, Strukturen und Prozesse des Sozialdienstes erhalten. Dabei, das hat Daniel Jurt (SVP) schon gesagt, sind Einsparungen von jährlich 3,2 Millionen Franken durch strukturelle Anpassungen hervorgehoben worden. Nachher, am Freitagmorgen, haben wir die Sozialdienste im Rathaus besucht. Wir sind zu zweit durch die verschiedenen Ämter geführt worden und haben die Abläufe im Sozialhilfedienst und im Asylwesen begutachtet. Der Fokus ist auf dem Erstantragsprozess, den Datenschutz, die Digitalisierung und interne Kommunikation gelegt worden. Herausforderungen haben wir gesehen bei der Arbeitsintegration, langen IV-Anerkennungsverfahren und hohen Kosten für externe Dienstleistungen. Die SP-Fraktion möchte ausdrücklich die offene Kommunikation, die organisatorischen Verbesserungen und die motivierten Mitarbeiter hervorheben. Während dem Besuch haben wir uns gefragt, was unsere Anwesenheit und Begutachtung den Sozialdiensten bringen könnte. Und wir sind zum Schluss gekommen, dass in erster Linie der Ausdruck unserer Wertschätzung wichtig ist. Die möchten wir damit ausdrücken. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten, insbesondere dem Kommissionspräsidenten Daniel Jurt (SVP), der das sehr gut organisiert hat, und empfiehlt dem Einwohnerrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Matthias Holinger (GL) bedankt sich als Sprecher der Grünen Fraktion für die zwei Besuchsmöglichkeiten, die sie hier erhalten hätten und für den Bericht, der daraus entstanden sei. Beide Besuche waren sehr informativ, eindrucklich und auch sehr gut vorbereitet. Sie haben mir persönlich Liestal von einer Seite vor Augen geführt, die er bis jetzt eigentlich nur so ein bisschen von der Spur nach gekannt habe und nicht so konkret. Wenn man dann von dem bereits erwähnten Lebensmittel-Notrationenregal steht, dann wird einem sehr konkret bewusst, was es heisst, auf einen Sozialdienst angewiesen zu sein. Soweit ich das beurteilen kann, scheint mir der Sozialdienst eine Abteilung mit engagierten und motivierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu sein, der auch sehr gut funktioniert. Wir werden diesen Bericht sehr gerne zur Kenntnis nehmen.

Lorenz Holinger (SVP) hält als SVP-Fraktionssprecher fest, dass er sich namens seiner Fraktion für die gute und informative Zusammenarbeit mit der Abteilung Sozialberatung und der GPK bedanken möchte. Die beiden Besuche der Abteilung haben einen guten und für die kurze Zeit relativ tiefen Einblick in das ganze Thema gegeben. Inhaltlich gibt es von meiner Seite her nicht mehr viel zum Bericht und zu meinen Vorrednern zu ergänzen. Ich möchte aber

gerne nochmals als Kernbotschaft erwähnen, dass bei diesem Thema und der Finanzierung davon sehr viel vom Kanton vorgegeben ist und der Spielraum für die Stadt recht klein ist. Trotzdem ist es extrem wichtig, dass man bei diesen Ausgaben, die man eben noch selber bestimmen kann, und natürlich auch sonst, ganz genau hinschaut und die Ausgaben laufend überprüft. Denn hier geht es finanziell nicht um Peanuts, sondern um richtig viel Steuergelder. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht gern so zur Kenntnis.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich bei der GPK, ihren Mitgliedern und vor allem auch ihrem Präsidenten. Ich finde es grundsätzlich sehr gut, was die GPK macht. Es ist wichtig, dass sie mit einem Aussenblick in die Verwaltung schaut und sieht, was wir arbeiten. Ich glaube, das ist wertvoll für beide Seiten. Für uns ist dies nicht immer nur angenehm, aber so muss es auch sein. Umso mehr freut es mich, dass eigentlich die Rückmeldung sehr positiv ist. Und es bestätigt mich auch in meinem Eindruck und ich bin nämlich sehr stolz auf die Abteilung Soziales. Ich finde effektiv, es ist ein ganz tolles Team, welches extrem gute Arbeit leistet und sich gegenseitig gut unterstützt. Und dies trotz schwersten Schicksalen, mit denen sie konfrontiert sind. Manchmal sind es auch weniger schwere Schicksale und es gehört auch dazu, dass man es halt hie und da mit Schlitzohren zu tun hat. Ich glaube, sie haben eine ganz gute Art, mit diesen Fällen umzugehen, was ihr auch sehr wichtig ist. Also ganz herzlichen Dank, dass ihr euch dafür interessiert habt. Ich glaube, es hilft auch, vielleicht ein bisschen besser zu verstehen, was wir hier machen, wo unsere Probleme sind und Schwierigkeiten, aber vielleicht auch unsere Herausforderungen und unsere Freude.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom Bericht «Sozialdienste» der GPK (Nr. 2025-33) Kenntnis.

6. Sichertnstrasse, Instandsetzung – Kreditvorlage für die Strassensanierung (Einwohnerkasse), den Wasserleitungsersatz (Wasserkasse) und die Abwasseranlagen (Abwasserkasse), Vorlage Nr. 2025-32

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgten Umfrage feststellen, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung an die Bau- und Planungskommission (BPK) vor, wozu sich die Fraktionssprecher nun äussern möchten.

Matthias Holinger (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass im Vergleich zur Mattenstrasse für ihn bei dieser Vorlage doch einige Fragen offen seien. Zum Beispiel, wie das mit dem Kuhrost oben an der Sichertnstrasse genau funktionieren soll und welcher Kanal jetzt genau in welche Leitung fliesst oder was jetzt der Unterschied zwischen Sauber- und Mischwasser bei diesem Projekt genau sein soll. Wäre vielleicht das Einfliessen dieses kantonalen Slow-Water-Projekts nicht auch noch eine Option? Aus diesen Gründen ist unsere Fraktion für die Überweisung an die BPK.

Markus Rudin (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass seine Fraktion einstimmig für die Überweisung an die BPK sei. Das Quartier Tiergarten ist sicher dankbar, wenn die alte Sichertnstrasse dann irgendwann endlich oder hoffentlich bald einmal erstellt und wieder benutzbar ist.

Sonja Niederhauser (EVP) orientiert als GLP/EVP-Fraktionssprecherin, dass viele Anwohner der Sichertn- und Tiergartenstrasse darauf warten, dass endlich etwas gehe und die Sanierung raschmöglichst in Angriff genommen wird. Ich bin auch der Meinung, es ist richtig und wichtig, dass man das zuerst sauber abklärt, dass wir eine Vorlage haben, die verhebt. Aber wir haben es diskutiert bei uns in der Fraktion und es sind Worte wie „In der Privatwirtschaft würde es anders laufen“ gefallen. Aber das ist sicher nicht das einzige Geschäft und je nachdem, was man für Erfahrungen mitbringt, denkt man das vielleicht noch ab und zu. Es läuft einfach etwas anders, was klar ist. Wir sind für die Überweisung an die BPK. Nichtsdestotrotz ist es unser grosses Anliegen, dass es möglichst schnell behandelt wird und möglichst bald wieder zurück in den Rat kommt.

Jonas Bischofberger (SP) stellt als SP-Fraktionssprecher fest, dass auch sie in der Fraktion kurz darüber gesprochen hätten, ob das Geschäft direkt beraten werden könne, sie seien dann aber recht schnell zum Schluss gekommen, dass auch sie es sinnvoll fänden, wenn man dies der BPK nochmals geben würde, weil es doch ein paar Fragen gebe, die man noch klären sollte. Es ist ja lustig, wir haben vorhin gerade darüber geredet, wie viel Geld wir ausgeben und jetzt nehmen wir schon wieder doch einen grösseren Batzen in die Hand. Darum hoffen wir, dass es dann auch wirklich das Geld vom Meliorationsamt noch gibt. Und wir finden es trotzdem wichtig, dass nicht nur das Bestehende wiederhergestellt wird, sondern auch verbessert wird, weil Extremwetterereignisse wie im letzten Sommer sicher nicht weniger, sondern eher mehr werden. Und wenn man da nicht etwas macht, dann wird es in Zukunft nur noch teurer. Viele Fragen sind schon genannt worden, die man noch klären muss, aber vor allem, ob es Sinn macht, diese Trennung von Sauberwasser und Mischwasser. Darum sind wir einstimmig dafür, dass der BPK zu überweisen ist.

Werner Fischer (FDP) hält als FDP/Mitte-Fraktionssprecher fest, dass er nichts wiederholen möchte, was schon gesagt worden sei. Ich will nur noch schnell darauf hinweisen, dass ihm beim Chienbäsenbau auf der Sichertn aufgefallen ist, dass bereits schon ein grosszügiger Installationsplatz von der beauftragten Firma erstellt wurde. Da ich ja auch immer ein optimistischer Mensch bin, kann ich mir nicht vorstellen, dass man hier schon angefangen hat, bevor ein Kredit gesprochen worden ist. Ich hoffe natürlich, dass es kostendämpfende Massnahmen gibt bei der Baustelleninstallation, wenn die gleiche Firma, die dort schon für irgendetwas einen

Installationsplatz gemacht hat, später die Strasse bauen darf. Das klären wir gerne ab in der BPK.

Stefan Fraefel (Mitte) unterstützt eine Überweisung an die BPK. Allerdings, wenn etwas kaputt geht, erwarte ich eigentlich, dass man sich zuallererst einmal überlegt, ob man einen Ersatz überhaupt braucht oder etwas neu bauen muss. Und wenn wir es brauchen, wie bauen wir es neu? Und der erste Schritt ist wohl übersprungen worden. Wir haben mit der Tiergartenstrasse eine Strasse auf die Sichertern, welche funktioniert. Brauchen wir eine zweite Strasse, nur weil wir immer zwei hatten? Es ist nicht so, dass ich die Strasse nicht auch gerne sanieren würde, aber wir haben vorher gehört, die Finanzlage von Liestal ist mittelpfichtig. Und die Strasse kostet fast eine 3/4 Million. Und auch nachher haben wir oben immer noch einen Trichter. Wenn man die Strasse dann tatsächlich baut, auch mit dem Kuhrost und weiteren Massnahmen, damit man gegen weitere Jahrhundertereignisse gewappnet ist, welche mittlerweile relativ häufig werden. Und im dümmsten Fall kann die ¾-Million nach einem nächsten Unwetter unten beim Bahnhof wieder zusammengekehrt werden. Ich sage nicht, dass das wirklich passiert, aber man muss es sich einfach bewusst sein, denn es ist ein gewisses Risiko und wir wollen das jetzt mit viel Geld möglichst gut beheben. Aber sicher sind wir nicht und vielleicht reicht ja eine Strasse ja auch. Die meisten Ausflugsbeizen an einem Berg oben haben eine Zufahrtsstrasse. Das Militär braucht die Sichertern nicht mehr so häufig wie auch schon und natürlich werden gewisse, vor allem an der Tiergartenstrasse, überhaupt nicht begeistert sein, wenn man die Sicherternstrasse im oberen Teil nicht saniert. Das ist immer so, wenn man den Verkehr verlagert. Aber lange Rede kurzer Sinn: Ich würde es wirklich begrüßen, wenn man das in der BPK anschaut, ob aus Rücksicht auf die Finanzen der Stadt Liestal die Sanierung wirklich nötig ist oder ob vielleicht nicht auch ein Rückbau bzw. eine Renaturierung möglich wäre.

Daniel Jurt (SVP) möchte sich zu dem Votum seines Vorredners äussern. Der Bauplatz, der oben gemacht wird, da fängt man oben an, die Bodenwellen im oberen Bereich zu beheben. Das hat noch nichts mit der Reparatur der Sicherternstrasse im unteren Teil zu tun. Ich bin ja viel auf der Sichertern, wie die meisten wohl wissen. Ich muss einfach feststellen, dass der Kreuzungsverkehr auf der Tiergartenstrasse spätestens bei der Müllabfuhr relativ eng wird. Es hat einfach zu viele Bäume links und rechts. Und ich habe zu viel erlebt, dass Leute sich nicht getrauen, rückwärts zu fahren, obschon die Ausweichstelle drei Meter hinter ihnen ist. Und dann zirkelt man da hin und her. Wenn man die Sicherternstrasse nicht saniert, dann muss die Tiergartenstrasse zwingend verbreitert werden. Das wird auch nicht ganz gratis möglich sein.

Sonja Niederhauser (EVP) möchte Stefan Fraefel (Mitte) kurze eine Antwort geben. Selbstverständlich kann man sein Anliegen in der BPK anschauen. Und es ist richtig, dass man solche Dinge diskutiert. Nur weil man etwas gehabt hat, heisst das nicht, dass man an dem festhalten muss. Aber Daniel Jurt (SVP) hat es schon gesagt. Die Strasse, die man jetzt benutzt, ist einfach nicht für den Gegenverkehr ausgelegt. Und wenn man sich auf nur eine Strasse konzentrieren möchte, dann muss der entsprechende Ausbau passieren. Und so, wie ich die Zahlen mitbekomme, ich arbeite ja auch noch in einem Unternehmen, wo wir sehr häufig mit Baustellen zu tun haben, wo eben genau das Kreuzen von Bussen immer wieder ein Thema ist, dürfte dies nicht gratis zu haben sein. Von daher ist es eine Illusion davon auszugehen, dass es nachher einfach günstiger wird. Die Leute, die sich bei mir melden, weil die Sanierung nicht vorwärts geht, das sind übrigens die, die an der Sicherternstrasse selber wohnen. Das sind die, die immer wieder fragen, wann geht es vorwärts, wir hätten die Strasse gerne zurück. Es wird immer unterschiedliche Meinungen geben, aber ich glaube, die Strasse so zu belassen und sie allenfalls der Bürgergemeinde zu vermachen, damit sie einen «Chügelweg» oder so etwas draus machen könnten, das wäre ja spannend für die Kinder, aber ich glaube, das ist keine Option.

Werner Fischer (FDP) nimmt Bezug auf die Aussage von Daniel Jurt (SVP). Ich habe nicht gesagt, dass es miteinander zu tun hat, hofft aber, dass damit kostendämpfende Massnahmen bei der Baustelleninstallation die Folge sind. Im Tiefbau werden solche Baustelleninstallationen meist fürstlich honoriert. Wenn man das zweimal brauchen kann und da schon ein anderes Projekt ist, kann man sicher etwas an dieser Baustelleninstallation unter den Projekten abziehen.

Stefan Fraefel (Mitte) möchte sich nochmals äussern, damit er nicht missverstanden werde. Ich möchte einfach gerne eine ergebnisoffene Prüfung haben. Und natürlich gibt es dann Nachteile. Aber sparen tut weh. Also ich glaube nicht, dass wir irgendwo noch sparen können, ohne dass es irgendjemandem wehtut. Und es ist nur noch die Frage, wem machen wir weh? Und da kann man natürlich absolut unterschiedlicher Meinung sein. Und es gibt sinnvollere Orte und weniger sinnvolle Orte. Aber irgendwann wird man irgendwo anfangen müssen. Wo denn das immer ist, weiss ich nicht. Und ob das hier der richtige Ort ist, weiss ich auch nicht. Das möchte ich auch gesagt haben. Ich kann mir auch vorstellen, wie das Ergebnis dann herauskommen wird, über das wir abstimmen werden, trotz Prüfung. Aber einfach, dass man sich zumindest dem Gedanken öffnet.

Domenic Schneider (GLP) ist auch gespannt auf eine ergebnisoffene Diskussion und dass wirklich etwas rauskomme. Und nicht, dass man einfach feststelle, dass das, was ja schon geplant sei, eigentlich alles gut sei und man auch wegen dem 2 – 3 Monate jetzt verbröselte habe. Weil sonst könnte man nämlich jetzt schnell abstimmen und das ganze Ding überweisen. Wenn wir wissen, dass es schon so gebaut wird, dann kämen nämlich unsere Bewohner von diesem Quartier schneller wieder nach Hause. Und von daher hoffe ich sehr stark, dass in der BPK auch kritisch hingeschaut wird und vielleicht ist die Alternative von Stefan Fraefel (Mitte) ja nur eine von möglichen weiteren Alternativen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler äussert sich, dass die Diskussion, die jetzt gerade geführt worden sei, doch zeige, dass es sehr wesentlich wäre, das Geschäft an die BPK zu überweisen. Die Komplexität dieser ganzen Sache, die Zusammenhänge der Tiergartenstrasse und Sichtenstrasse, sowie auch die Komplexität, die sich daraus ergibt, dass dort die Sichtenstrasse unten am Trichter nicht einfach nur eine Asphaltfläche ist, wo man möglichst schnell in die Beiz gehen kann, den „Chienbäse“ bauen oder schiessen gehen kann, muss angeschaut werden. Denn in den Strassen gibt es auch diverse Leitungen für Wasser, Abwasser usw. die zu beachten sind und gegebenenfalls verlegt werden müssten. Aber was man sicher machen kann, ist auch die Strasse anders zu bauen, dass das möglichst nicht mehr so schlimme Folgen hat, wenn dann das Jahrhundertunwetter schon in 10 oder 20 oder in 2 Jahren wieder stattfinden sollte. Das ist die Möglichkeit von dem, was wir im Moment haben. Und alles, was mit topografischen Veränderungen, mit Slow-Water-Projekten usw. zu tun hat, bei dem der Kanton dafür aufkommt, das ist noch nicht in dem Budget, das hier einfach vorgeschlagen wird für das Projekt. Ich glaube es ist gut, wenn wir das wirklich in einer Auslegeordnung machen, wie dort saniert werden soll. Dass saniert werden muss ist wohl klar, weil sonst haben wir dort halt doch eine Kugelbahn.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

7. Sportplatz Gitterli – Interpellation «Sanierung Sportplatz Gitterli» von Markus Hügin der SVP-Fraktion (Nr. 2024-24)

Stadträtin Marie-Theres Beeler nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und nimmt dazu wie folgt Stellung. Es gibt einen für die Sanierung, die ist eigentlich schon im Gange in den Anfängen. Bei dieser Wiederherstellung wird die SBB wieder einen Rasenplatz machen, wie es vor 2019 war. Das war abgemacht damals, dass die Wiederherstellung durch die SBB erfolgt, dass das Gelände wieder abgegeben wird, wie es angetreten worden ist. Was die Stadt dazu in diesem Zusammenhang macht, ist Synergien zu nutzen und, was ihr im Budget schon bewilligt habt, dort einen neuen Zaun und eine neue Beleuchtung, auch eine energieärmere, zu machen. Die Kosten müssen wir nicht ermitteln, weil die SBB diese zahlen muss. Wir müssen auch nicht sanieren, deswegen braucht es für das auch keine Rückstellung. Ja, die Kunstrasen-Option ist miteinbezogen worden durch den Stadtrat. Sollen wir dort noch eine Kunstrasen bauen, wenn wir das jetzt schon machen könnten? Diese Frage wurde ebenfalls vertieft geprüft. Es gibt zwei Fussballvereine, die dort auch ein Interesse daran gehabt hätten, dass wir das machen. Aufgrund der Kostenvoranschläge hätte man mit Kosten von mindestens 1 Million ausgehen müssen. Mit dem Viertel, das der Kanton subventioniert hätte, wären es dann noch etwa 750'000 Franken. Dann hätte man noch etwas von der SBB bekommen, die den Naturrasen nicht hätte anpflanzen müssen. Also es ist schlussendlich für den Stadtrat nicht in Frage gekommen im Zusammenhang mit dieser Aufgabenüberprüfung, die heute hier wirklich weiterhin angemahnt worden ist, angesichts dringender Schulhaus-Renovationen usw., für diesen Platz das Geld auszugeben. Und wenn man natürlich noch mehr trainieren kann, braucht man nicht nur ein Kunstrasenfeld, sondern man braucht auch Garderoben, die dringend nötig wären usw. Aus diesem Grund ist das Geld nicht ins Budget 2025 reingekommen. Ja, es gibt einen Kostenvergleich. Es geht nicht um Investitionskosten, sondern um laufende Kosten, die im Sommer zwar günstiger sind, aber im Winter braucht es mehr Unterhalt. Die Kosten für einen Kunst- oder Naturrasen sind in etwa gleich hoch. Aber wenn man jetzt die Trainingsstunden anschaut, dann ist der Kunstrasen günstiger. Aber die erhöhte Nutzung braucht eben wieder mehr Garderoben, die wir nicht haben. Nach den Sommerferien 2025 steht der Platz den Schulen und Vereinen wieder zur Verfügung. Pech könnte man haben, wenn die Witterung nicht mitspielt, um den Rasen wieder neu anlegen zu können. Aber in diesem Fall würde der Vertrag mit der SBB es ermöglichen, dass man den Platz unten bei der Zollschule länger brauchen kann. Aber, wie gesagt, wir hoffen, dass auf dem Platz bald wieder trainiert und gespielt werden kann und die SBB bezahlt.

Markus Hügin (SVP) erklärt als Interpellant auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass er mit den Antworten nicht zufrieden ist und die Diskussion wünscht.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Markus Hügin (SVP) führt aus, dass auch er diesen Platz begutachtet habe. Ich habe in ausgemessen, ich bin darauf herumgelaufen und habe gemerkt, dass er einen Stab, den er reinstecken wollte, nur 2 cm in den Boden ging und nicht mehr. Und wenn man den Rasen neu machen will dort, dann muss man eigentlich den Untergrund auch ausheben und eine Drainage machen, damit das Wasser auch wieder abläuft. Und wenn man nur darauf ansäht, dann bleibt das Wasser darauf stehen und der Rasen geht wieder kaputt, was weitere Sanierungen nötig macht. Im Sommer kann man während der Sommerferien meistens nicht auf dem Rasenplatz trainieren, weil er gesperrt und sanierungsbedürftig ist. Im Winter kann man auch nicht drauf. Bei einem Rasenplatz rechnet man vom April bis zum Oktober, wo man drauf trainieren kann. Im Winter kann man gar nicht drauf, weil es eben wegen dem Wasser Schäden gibt. Einen Kunstrasenplatz kann man hingegen das ganze Jahr benutzen. Und wenn man zwei Plätze hat in Liestal, kann man nämlich die Plätze schön aufteilen, dass nicht alle den gleichen Kunstrasenplatz gebrauchen. Und dann schonen wir ihn auch. Man redet immer von den Fussballvereinen, die darauf gehen. Es sind nicht nur Fussballvereine. Es sind Kinder, die

am Nachmittag dorthin gehen, um Fussball zu spielen, es ist das Frenkensschulhaus, das auch da drauf ihre Sportnachmittage machen oder sonst etwas da darauf spielen könnte. Das muss man auch anschauen. Jetzt können nicht alle im Winter in eine Halle reingehen. Mit einem Kunstrasen können viel draussen noch spielen, die sagen, wir trainieren draussen oder machen draussen etwas. Zum Beispiel im Fraumatt unten ist ein Rugby-Club, welcher jeden Mittwoch trainiert. Aber wenn es regnet, dürfen sie nicht drauf. Sie hätten auch die Möglichkeiten, dort oben auf dem Kunstrasen zu trainieren. Das muss man eben auch anschauen. Und der Kunstrasenplatz, da gebe ich ja recht, kostet ungefähr eine Million. Dazu habe ich eine Ausrechnung bei der Firma Walo & Bertschinger in Frenkendorf machen lassen für ein Feld von 85 m x 52 Meter. Dann finde ich, dass man etwas investieren könnte. Nicht nur für den Fussballverein, sondern für alle Vereine.

[Unvollständige Tonaufnahmen bis am Schluss der Sitzung wegen Internetunterbrüchen bzw. Wartungsarbeiten am Kantonsnetzwerk!]

Werner Fischer (FDP) erklärt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass zuallererst nun die SBB ihren Job machen soll, scharf beobachtet vom Departement Betriebe. Der Platz soll so lange nachgebessert werden, bis dieser auch wieder als Sport- und Rasenplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Später kann man mit dem Platz immer noch etwas anderes machen, sollte sich die Situation ändern.

Peter Küng (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, dass wenn man etwas recherchiere, doch schon bald feststellen kann, dass die Ökologie eines Kunstrasens heute recht in Frage gestellt werde. Also ich denke nur an Mikroplastik. Man muss heute viel mehr Kanalisation darunter verlegen. Das hat man alles nicht gemacht bei den alten Kunstrasen, weil man Sonderabwassermüll hat. Denn dann hat man diese Plastikrückstände überall. Geht einmal zum Abwart und fragt, wo man überall den Plastik rausputzen muss. Das ist nicht wirklich kein toller Job. Also ich glaube, das ist jetzt so ein Ding von «nice to have». Und dann, so vielleicht auch als Finanzpolitiker, schaut mal, was uns das Gitterli jedes Jahr kostet. Also was jede einzelne Fussballerin und jeder einzelne Fussballer uns kostet im Jahr. Geht mal das nachzählen. Wir zahlen dort auch noch Baurechtszins. Ich weiss zwar nicht, ob wir auf dieser Fläche auch zahlen, aber ich hoffe es nicht, dass sie vielleicht auch uns gehört. Aber einfach, wenn ihr mal hochrechnet, was jede Fussballerin und jeder Fussballer uns kostet im Jahr, dann wird es euch wahrscheinlich auch schwindlig, wenn ihr das seht. Dann subventionieren wir eine Sportart hoch, die ja im Liestaler-Verein nur von Männern ausgeübt wird, da es keine Frauen-Mannschaften im FC Liestal gibt. Für uns ist das so ein «nice-to-have»-Ding, haben wir doch vorher alle lange über die schlechte Finanzlage gesprochen. Ich bin der Meinung von Werner Fischer (FDP). Wir wollen dort einen Naturrasen und die SBB soll uns diesen bauen. Ein Naturrasen ist vielleicht doch etwas natürlicher als ein Kunstrasen.

Stefan Fraefel (Mitte) erklärt als Einzelsprecher ... und er die Interpellation deshalb auch nicht unterstützen kann.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die spannende Diskussion. Wir sind wirklich in der Aufgabenüberprüfung voll gelandet und die werden wir weiterführen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann